

PAUKOS



Wie Schule auch anders gelingen kann!

Foto: Freie Montessori-Grundschule

- Inhalt u.a.**
Henrik Peitsch
PAUKOS im Gespräch mit Anne Leisering – Wie Schule auch anders gelingen kann!
Eva Grommé
Lernen aus der Krise!?
Bernd Glüsenkamp
„Alle Schuhe aus!“ Hospitations-Besuch in der Richtsberg-Gesamtschule Marburg
DGB-Frauen
Erinnerung an die Bücherverbrennung 1933
Dr. Josef Hanel
Was gute Schulen heute auszeichnet
Stefan Politze
Reform der Lehramtsausbildung in Niedersachsen
Heiko Schulze
Nach der EU-Wahl: Droht ein Rechtsaußen-Europa?
GEW KV Osnabrück-Stadt
Reise nach Greifswald – Besuch der Patenstadt von Osnabrück

Inhalt	Seite
Henrik Peitsch PAUKOS im Gespräch mit Anne Leisering Leiterin der Freien Montessori-Grundschule Osnabrück Wie Schule auch anders gelingen kann!	3
Eva Grommé Lernen aus der Krise!? Anpassung und Neuanfang: Das (Wohl)Befinden junger Menschen in Osnabrück während und nach der Coronapandemie	5
GEW Kreisverband Osnabrück-Stadt • Veranstaltung in der VHS „Lernen aus der Krise!? am 3. April 2024 • Jahreshauptversammlung 2023 am 3. April 2024	9
Bernd Glüsenkamp „Alle Schuhe aus!“ Hospitations-Besuch in der Richtsberg-Gesamtschule Marburg	12
DGB-Frauen Erinnerung an die Bücherverbrennung 1933: Warum wurden eigentlich die Auto- rinnen vergessen?	13
Dr. Josef Hanel Was gute Schulen heute auszeichnet	15
Termine	17
GEW Landesverband Niedersachsen Die Schule brennt / GEW erwartet erste Löschmaßnahmen	18
GEW Bund • Digitalpakt 2.0 in Gefahr: GEW fordert klare Zusagen von der Bundesregie- rung • „Koalition geht in die Sommerpause und vergisst die Kinder!“	19
Stefan Politze Reform der Lehramtsausbildung in Niedersachsen	20
Henrik Peitsch Schulentwicklung in Osnabrück	22
Unsere Jubilarinnen und Jubilare	23
GEW Bund Die Meldeportale der AfD	24
Heiko Schulze Nach der EU-Wahl: Droht ein Rechtsaußen-Europa?	26
GEW KV Osnabrück-Stadt Reise nach Greifswald – Besuch der Patenstadt von Osnabrück	28
Henrik Peitsch Zu guter Letzt	29
Impressum	31



<https://www.solidarische-moderne.de>



PAUKOS im Gespräch mit Anne Leisering Leiterin der Freien Montessori-Grundschule Osnabrück

Wie Schule auch anders gelingen kann! Henrik Peitsch

Unser historischer Werdegang

Im Jahr 2014 kamen engagierte Eltern und Pädagogen zusammen, um gemeinsam die erste Freie Schule in Osnabrück zu gründen. Wir haben uns intensiv mit verschiedenen pädagogischen Ansätzen beschäftigt und daraus unser eigenes pädagogisches Konzept nach Montessori abgeleitet.

Wir haben einen Finanzierungsplan für den Schulbetrieb erarbeitet und nach langer Suche im Frühjahr 2019 ein Schulgebäude im Stadtgebiet gefunden, das uns dauerhaft als Mietobjekt zur Verfügung steht. Über die Jahre entstand bereits eine gute Vernetzung mit vielen lokalen und überregionalen Verantwortlichen, die das Entstehen unserer Schule ausdrücklich begrüßen.

Nachdem die Grundschule im August 2020 eröffnet wurde, streben wir nun nach der Realisierung eines Montessori-Bildungshauses am Standort Osnabrück, das neben der Grundschule auch einen Kindergarten und eine weiterführende Schule beinhalten soll, die nach dem Montessori-Prinzip arbeiten. Zudem wollen wir auch die Erwachsenenbildung in das Bildungshaus integrieren.

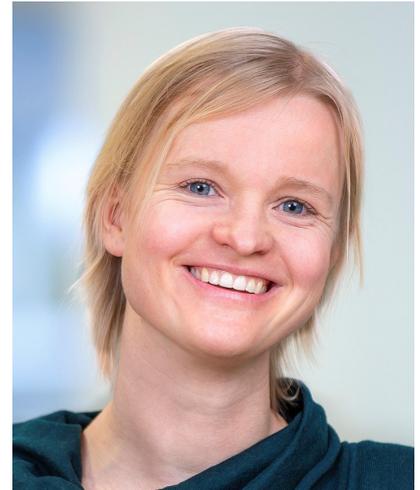


Foto: privat

Trägerverein Lebendig Lernen e. V.

PAUKOS: Anne, die Freie Montessori-Grundschule besteht nunmehr seit August 2020. Was waren die Gründe für die Gründung dieser Schule und warum habt ihr euch für den Namen von Maria Montessori entschieden?

Anne Leisering: Die Gründungsinitiative entstand bereits 2014, als einige Eltern auf einem Spielplatz ins Gespräch kamen und feststellten, dass sie sich eine andere Art von Schule für ihre Kinder wünschten. Es dauerte ein paar Jahre, bis man feststellte, dass Maria Montessori bereits vor vielen Jahren eine Pädagogik entwickelt hatte, die den Bedarfen genau entsprach: Lernen mit allen Sinnen, nach individuellem Interesse und in eigenem Tempo frei von Druck, die Selbstständigkeit und Selbstwirksamkeit der Kinder im Fokus und nicht zuletzt das achtsame Miteinander aller Beteiligten. Maria Montessori steht demnach für die inzwischen seit vier Jahren gelebte Praxis an unserer Schule.

Wie ist der Schulalltag gestaltet und findet am Nachmittag auch nur eine Betreuung statt wie an anderen Grundschulen?

Unser Schulvormittag findet für alle Kinder von der 1. bis zur 4. Klasse in jahrgangsgemischten Lerngruppen von 8-13 Uhr statt. Hier erarbeiten sie sich, überwiegend in Freiarbeit, individuell Lernziele. Die Lernbegleiter*innen haben im Blick,

dass allgemeine Lernziele aus den Kerncurricula abgedeckt werden, machen Materialeinführungen oder Lernangebote und stehen den Kindern in sozialen oder fachlichen Angelegenheiten unterstützend zur Seite. Anstelle von Noten stehen bei uns das Feedback und die Reflexion. Im offenen Ganztag (Mo-Do 13-16 Uhr) tragen wir die Werte aus dem Vormittag weiter. Die Kinder können zwischen Angeboten und freiem Spiel wählen. Hausaufgaben gibt es bei uns keine.

Die Gründung einer nicht-staatlichen Schule ist eine große Herausforderung, die nicht nur eine ausreichende finanzielle Absicherung erfordert. Es müssen auch Räumlichkeiten, engagierte Kolleginnen und Kollegen gefunden werden und natürlich auch engagierte Eltern, die sich auf eine derartige Herausforderung einlassen. Welche Schwierigkeiten waren die größten Hindernisse bei der Gründung?

All diese Punkte waren herausfordernd. Ein wichtiger Meilenstein war es, ein geeignetes Schulgebäude zu finden. Aber natürlich steht und fällt letztlich alles mit den Menschen: dem Vereinsvorstand, den Pädagog*innen und den Familien. Wir verstehen uns als Gemeinschaft, in der jedes Mitglied zum Gelingen beiträgt. Dass wir uns in den ersten drei Jahren komplett selbst finanzieren



Foto: Freie Montessori-Grundschule

mussten, ist natürlich ein Umstand, der langfristig gute Kalkulation erfordert. Da braucht es schon viel Herzblut auch vonseiten der Lernbegleiter*innen.

Die Schule besteht nun seit fast vier Jahren. Für August diesen Jahres ist nun auch die Gründung einer Gesamtschule geplant. Dies ist ja nun eine konsequente Fortsetzung euer Schulprojektes: Die ersten Schülerinnen und Schüler schließen im Sommer die Grundschule ab. Wird die Anzahl der Schülerinnen und Schüler für eine Gesamtschule ausreichen oder werden auch welche aus anderen Grundschulen aufgenommen?

Der guten Erfahrung mit dem Aufbau der Grundschule folgend, werden wir auch mit der Gesamtschule stetig hochwachsen und jährlich 15 Kinder des 5. Jahrgangs aufnehmen. Da aus der Grundschule im Schnitt 13 Kinder übergehen, haben wir auch wenige Plätze für Quereinsteiger*innen aus anderen Grundschulen.

Wird es ein besonderes Profil dieser Gesamtschule geben und wenn ja, wie wird es gestaltet sein?

Auch die Gesamtschule folgt den Grundgedanken Maria Montessoris. Die 5.-8. Jahrgänge lernen gemeinsam, wobei die Fünft- und Sechstklässler*innen in der Orientierungsstufe noch weitestgehend an die Freiarbeit aus der Grundschule anknüpfen. Fachbezogene Angebote ergänzen die Freiarbeit. Ab der 7. Klasse nehmen das praktische und das projektbezogene Arbeiten in der Entfaltungsstufe einen wesentlichen Bestandteil des Schulalltags ein, um den entwicklungstypischen Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht zu werden. Die 9. und 10. Jahrgänge bereiten sich gezielt auf die jeweils angestrebten

Abschlüsse oder den Übergang in die gymnasiale Oberstufe vor.

Die GEW fordert seit Jahren die Einrichtung einer weiteren Gesamtschule in Osnabrück. Die Stadt lehnt die Gründung mit dem Argument ab, dass die „Statistik“ – Entwicklung der Schülerzahlen – eine weitere Gründung nicht zuließe. Könnte sich eure Gesamtschule als Alternative für die Osnabrücker Kinder anbieten?

In kleinem Rahmen, ja. Voraussetzung ist aber die Identifikation der Eltern mit den Werten Montessoris, am besten schon ab oder sogar vor der Grundschule. Denn der Umgang mit Freiheit und Eigenverantwortlichkeit will gelernt sein, das üben die Kinder bei uns ab der 1. Klasse. Das Lernen bei uns funktioniert nur, wenn die Eltern die Haltung auch zu Hause leben und Vertrauen in ihr Kind haben. PAUKOS: Anne, wie siehst du die Entwicklung des staatlichen Schulsystems insbesondere im Hinblick auf die seit 2001 sehr schlechten Pisa-Ergebnisse für Deutschland? Ich glaube schlicht, dass das staatliche Schulsystem nicht (mehr) den Anforderungen der Zeit gerecht wird. Wir brauchen zukünftig Menschen, die kreativ sind, Lösungen finden und Entscheidungen treffen können, die um ihre Stärken wissen und die sich trauen, sie selbst zu sein. Die wissen und wertschätzen, dass Menschen unterschiedlich sind und dass eine Gemeinschaft genau davon lebt und profitiert. All das hat im staatlichen Schulsystem zu wenig Platz, was nicht nur bedauerlich, sondern tatsächlich alarmierend ist. Kinder wollen gehört werden, sie wollen Erfahrungen sammeln, mitgestalten und ernst genommen werden. Dann gehen sie auch gerne zur Schule.

Liebe Anne, vielen Dank für das Gespräch

Lernen aus der Krise!?

Anpassung und Neuanfang: Das (Wohl)Befinden junger Menschen in Osnabrück während und nach der Coronapandemie

Eva Grommé

„Um ein Kind aufzuziehen, braucht es ein ganzes Dorf.“

So ein afrikanisches Sprichwort.

In Corona-Zeiten waren viele Kinder und Jugendliche und auch die Erziehungsberechtigten auf sich allein gestellt.

Durch die Schulschließungen brach das soziale Umfeld abrupt weg.

Der WHO-Regionaldirektor für Europa, Henri P. Kluge, erklärte:

„COVID-19 hat sich ungleich auf Kinder und Jugendliche ausgewirkt, vor allem auf solche aus benachteiligten Verhältnissen, deren Schulen lange Zeit geschlossen waren und denen es sowohl zu Hause als auch in der Schule an Unterstützung fehlte.“



Foto: privat

Die Stadt Osnabrück entschied sich im Jahr 2021 und im Jahr 2022 eine Studie durchzuführen, um Kinder und Jugendliche zu den psychosozialen Auswirkungen der Covid-19 Pandemie, zum Umgang mit Schulschließungen und Quarantäne sowie zu ihren Wünschen und Bedürfnissen zu befragen. Die Online-Befragungen richteten sich an alle Schüler*innen in der Stadt Osnabrück und stand im Zusammenhang mit der Einrichtung eines städtischen Corona-Bildungs- und Unterstützungsfonds zur Abmilderung der Corona-Folgen. Die Studie wurde unter der Leitung von Prof. Christian Reintjes und Prof.in Sonja Nonte von der Universität durchgeführt.

Die Corona-Pandemie hat außer den benannten Auswirkungen auch erhebliche Mängel unseres Bildungssystem aufgedeckt. Welche Konsequenzen sind deshalb aus der Krise zu ziehen? Welche Konzepte sind erforderlich, um die sichtbar gewordenen Defizite unseres Bildungssystem durch eine neue bildungspolitische Ausrichtung und neue Lernformen sowie Kompetenzen zu gestalten.

Die Idee der Muntermacher-Studie war es den **Kindern und Jugendlichen eine Stimme** zu geben. Gerade am Anfang der Pandemie wurde alles über die Köpfe von Kindern und Jugendlichen hinweg entschieden. An sich ist die Studie quantitativ angelegt, also wir ha-

ben Werte **statistisch erhoben, also wie die Kinder und Jugendlichen sich fühlen**. Das ging über standardisierte Instrumente, die ursprünglich eher im psychologisch-medizinischen Bereich eingesetzt werden. Wir haben dabei dann nicht nur gefragt „wie fühlt ihr euch“, sondern spezifisch nach dem psychischen, körperlichen, häuslichen, aber auch schulischem Wohlbefinden gefragt, also sowas wie „Ich komme gut mit meinen schulischen Aufgaben zurecht“ und das konnten die Kinder dann mit „stimmt gar nicht“ bis „stimme voll zu“ bewerten. Außerdem haben wir noch so ein paar andere Sachen zur Freizeit, sozialen Unterstützung, aber auch zu Corona gefragt, also z. B. wie die Kinder und Jugendlichen mit der Quarantäne zurechtgekommen sind. Außerdem hatten sie die Möglichkeit offene Fragen zu beantworten, dazu was sie sich wünschen würden oder auch dazu was Ihnen während der Corona-Zeit geholfen hat. Wir hatten **zwei Erhebungszeitpunkte**: Einmal im Sommer 2021 und dann noch einen im Frühjahr 2022. Insgesamt haben so ca. 500-600 Kinder und Jugendliche teilgenommen. Besonders am ersten Erhebungszeitpunkt haben die Kinder und Jugendlichen in den offenen Antwortformaten dann auch wirklich

sehr viel dazu geschrieben, wie es Ihnen ging, sodass wir dann auch noch einen **tieferen Eindruck von dem Befinden der jungen Menschen** bekommen konnten.

**MUNTER
MACHER**

Eines der ersten Ergebnisse, die wir in beiden Studien gesehen haben, war dass es erstmal den meisten **Kindern und Jugendlichen in Osnabrück ziemlich gut ging**. Das ist auch eigentlich das, was man sehen möchte: Im Schnitt sind die Kinder und Jugendlichen ziemlich zufrieden. Aber es wurde dann ziemlich schnell deutlich, dass ca. ein **Drittel nicht gut mit den Schulschließungen zurechtgekommen sind** und sich diese im Schnitt auch schlechter gefühlt haben



„Distanz-Unterricht“

Foto: Julia M Cameron – CC0

als diejenigen, die gut mit den Schulschließungen zurechtgekommen sind. Also ca. ein Drittel ist nicht gut mit den Schulschließungen umgehen konnten. Aus der Traumaforschung weiß man: Nur, weil etwas Einschneidens oder Dramatisches im Leben einer Person passiert, heißt das nicht, dass diese davon traumatisiert ist. Dazu kommt, dass bei manchen Personen die **Ausgangsvoraussetzungen** auch andere sind. Das haben wir uns dann noch einmal genauer bezogen auf den Umgang mit Quarantäne und Isolation und dem schulischen Wohlbefinden angeschaut.

Wir haben genauer das **Schulische Wohlbefinden**, aber auch **Schutzfaktoren während der Quarantäne** untersucht. Unsere Ergebnisse lassen sich kurz zusammenfassen.

Schulisches Wohlbefinden

Einen Einfluss auf das schulische Wohlbefinden hatte vor allem der **Umgang mit den Schulschließungen**. Kinder und Jugendliche, die es gut fanden, dass die Schulen zeitweise geschlossen waren und auch gut damit zurechtgekommen sind, zeigen ein niedrigeres schulisches Wohlbefinden. Das bezog sich in diesem Fall besonders auf **soziale Aspekte**. Hier kommt auch das Stichwort **Schulabsentismus** ins Spiel: Wie viele Kinder haben dann auch den Schulbesuch länger verweigert? Hierzu gibt es auch Studien, die zeigen, dass die Anzahl an Schüler*innen, die es verweigern zur Schule zu gehen im Kontext von Corona gestiegen

sind. Einige Ergebnisse können zusammenfassend dargestellt werden:

- Kinder und Jugendliche sind nicht nur auf individueller Ebene benachteiligt, sondern **auch auf struktureller** wie z. B. geringer Wohnraum oder generell Armut.
- In Deutschland ist ja sozialräumliche Segregation ein großes Thema → **Schulen in herausfordernden Lagen waren länger geschlossen**; die **individuellen Fehltag** aufgrund von Quarantäne und Isolation an Gesamtschulen waren fünf mehr als am Gymnasium. In Mülheim an der Ruhr haben wir parallel zur zweiten Muntermacher-Erhebung die gleiche Studie durchgeführt. Da war der Zusammenhang noch extremer: Auf der Realschule haben die Kinder und Jugendlichen im Schnitt 7 Tage mehr gefehlt als am Gymnasium, da zeigte sich auch einen Zusammenhang zur Impfung (Haben wir in Osnabrück nicht erhoben). Technische Ausstattung an diesen Standorten dann auch meist noch schlimmer.
- Es gab einen Jugendlichen, der geschrieben hat „bitte macht das öfter“ im Sinne von: Ich finde es schön, dass ich gehört werde, aber wenn wir mal ehrlich sind: Momentan gibt es **kaum Ressourcen eine solche Umfrage zu verstetigen**, aber auch die Umsetzung von dauerhaften Fördermaßnahmen ist herausfordernd. Also es gab Jugendliche, die haben

sich beispielsweise mehr Ruheräume in ihrer Schule gewünscht haben, an der Stelle müsste Geld investiert werden. Zudem wurde oft geäußert, dass die **Lehrkräfte Druck gemacht haben, den Schulstoff durchzubringen**. Aber was sollen die Lehrkräfte machen, wenn das Narrativ ist: Die Kinder haben während Corona zu wenig gelernt. Man erinnere sich, insgesamt waren die Schulen ein halbes Jahr zu, Schulleistungsstudien haben über die Quittung sehr schnell berichtet, z. B. zeigte eine **Studie des IQBs** starke Einbrüche in den Basiskompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen während Corona. Diese Nachrichten nehmen ja gar nicht mehr ab, siehe PISA. Da bekommt man ja auch Druck und damit kommen dann **Sorgen und Ängste**. Als Lehrkraft braucht man heutzutage ein dickes Fell. Und die immer **weiter steigenden Zahlen psychischer Krankheiten von Kindern und Jugendlichen und die dahingehenden Bedarfe können in der Schule nur bedingt aufgefangen werden**. Ich frage mich, ob wir Schule nicht ganz neu denken müssen. Sie haben zu Beginn der Sendung das Stichwort: „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind aufzuziehen angesprochen“. Durch den sich immer dringlicher gestaltenden Lehrkräftemangel wird es vielleicht auch an der Zeit, viel **mehr Professionen mit in die Schule** zu holen. In den USA sind beispielsweise Schulsozialarbeiter*innen fester Teil der Schulen. In unseren Ergebnissen hatte ein Drittel der Schüler*innen überhaupt keine Sozialarbeiterinnen im schulischen Umfeld. **Das Wichtige wird sein, Schule so zu gestalten, dass Kinder und Jugendliche sich sicher und ernst genommen fühlen**. Für mich ist aber auch die Herausforderung wie man den strukturellen Herausforderungen begegnet. Eine klare Antwort habe ich darauf auch nicht. Der Bund hat jetzt mit dem Startchancen-Programm versprochen, dass besonders Schulen in herausfordernden Lagen mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen. Ich bin gespannt, was daraus wird.

- Kritik an Schule gibt es meiner Meinung nach seitdem es Schulen gibt. Die **Dreigliedrigkeit an sich sehe ich schon als lange überholt** an. Es ist eine Illusion zu glauben, grobe Homogenisierung von Klassengemeinschaften würde gleichzeitig individuelle Förderung bedeuten. Das sieht man auch in der Entwicklung

einer „Schul-Schick-Kultur“, also wer schickt sein Kind auf welche Schule, wie werden Empfehlungen für die weiterführende Schule vergeben und inwiefern werden diese von den Eltern auch richtig eingeschätzt. **Ab- und Umschulung** spielt im „deutschen Schulsystem“ auch eine große Rolle, wobei man ja auch sagen muss, dass das nicht das eine Schulsystem ist, sondern wir 16 verschiedene haben.

- Was eindeutig feststellbar ist: Die deutschen Schulsysteme stehen vor wahnsinnigen Herausforderungen; Wie da am Ende wirklich darauf reagiert wird, ist noch offen, da kann **die Ständige wissenschaftliche Kommission oder die Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft** auch nur Empfehlungen aussprechen. Zentral ist es aus meiner Sicht jedoch nicht nur darauf zu schauen, welche Lernziele am Ende des Tages erreicht wurden, sondern auch wie es den Kindern und Jugendlichen geht. Viele leiden immer noch unter den sozialen Folgen von Corona, fühlen sich einsam und finden nur schwer Kontakt zu ihren Mitschüler*innen.
- So wichtig das Lernen auch ist: **Kinder verbringen so viel Zeit in der Schule, es ist doch schlimm, wenn sie sich dann dort nicht wohlfühlen**. Ich würde von mir behaupten, dass ich in der Schule nicht viel gelernt habe, mein Abi war auch ziemlich schlecht, aber jetzt promoviere ich trotzdem. Ja, Bildung ist wichtig und ein zentraler Aspekt der Existenzsicherung und sozialer Mobilität, aber schlechte Erinnerungen und Ängste bleiben einem teilweise länger und hartnäckiger verhaftet, als das Jahr in dem Napoleon ins Exil gegangen ist. Vielleicht ist das, wie wir Schule sehen, viel mehr eine Frage der Perspektive und Prioritäten als einfach eine richtige oder falsche Antwort. Und **wer sich in der Schule wohlfühlt**, lernt auch besser, das zeigen zumindest zahlreiche Studien. Zum Glück haben das auch bereits viele Bundesländer verstanden und in die angestrebten Basiskompetenzen auch psychosoziale Aspekte mit in ihre Programme aufgenommen.

Schutzfaktoren bei Quarantäne

Getrennt nach Kindern und Jugendlichen. Bei Kindern vor allem **soziale Aspekte** (soziale Unterstützung, Betreuung zuhause) ausschlaggebend,

wobei in unserer Stichprobe die jüngeren Kinder besser mit der Quarantäne umgehen konnten (hier widersprechen sich aber auch Studien); Bei Jugendlichen sind die bereits abweichenden **psychischen und körperlichen Ressourcen von Bedeutung** (Stichwort Pubertät), aber auch das **Geschlecht** und der vorhandene Wohnraum.

Eva Grommé ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Osnabrück bei Professorin Sonja Nonte. Ihre Promotion verfasst sie zum Thema „Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen im Kontext der Covid-19-Pandemie unter Einbezug schulischer und familialer Faktoren“.

Publikationen zur Muntermacher-Studie:

Grommé, E., Nonte, S. & Reintjes, C. (2023). Prädiktoren des schulischen Wohlbefindens während der COVID-19 Pandemie. Empirische Befunde einer Befragung von Kindern und Jugendlichen in zwei deutschen Großstädten. *Zeitschrift für Bildungsforschung*. <https://doi.org/10.1007/s35834-023-00390-w>.

Grommé, E., Reintjes, C. & Nonte, S. (2023). Schutzfaktoren von Kindern und Jugendlichen in Zeiten von (Teil-)Schulschließungen, Isolation und Quarantäne. In C. Fischer & P. Platzbecker (Hrsg.), *Aufholen nach Corona? Was Schule zu mehr Bildungsgerechtigkeit beitragen kann* (23-42). Waxmann.

Nonte, S., Reintjes, C., Karutz, H. & Grommé, E. (2023). Das Befinden von Schüler:innen nach den pandemiebedingten Schulschließungen, Quarantäne und Isolation als Herausforderung für das professionelle Handlungsfeld Schule: Befunde der Mülheimer SchuCo-Befragung. *Schulverwaltung NRW* (5), 154-157.

Reintjes, C., Nonte, S., Thönes, K. & Grommé, E. (2021). Das Befinden von Kindern und Jugendlichen nach den pandemiebedingten (Teil-)Schulschließungen als Herausforderung für das professionelle Handeln im Schulsystem -Befunde der Osnabrücker Muntermacher Befragung. *Der pädagogische Blick*, 29(4), 226-241.

Weitere interessante Veröffentlichungen zum Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen im Kontext von Corona:

Reiß, F., Napp, A.-K., Erhart, M., Devine, J., Dadaczynski, K., Kaman, A. & Ravens-Sieberer, U. (2023). Perspektive Prävention: Psychische Gesundheit von Schülerinnen und Schülern in Deutschland. *Bundesgesundheitsblatt - Gesundheitsforschung - Gesundheitsschutz*. <https://doi.org/10.1007/s00103-023-03674-8>

Schräpler, J.-P., Bellenberg, G., Küpker, M. & Reintjes, C. (2021). Schule und Unterricht im angepassten Regelbetrieb – Analysen und Reflexion Corona bedingter (Teil-)Schließungen von Schulen anhand der Cosmo-Befragung in NRW. In C. Reintjes, R. Porsch & G. I. Brahm (Hrsg.), *Das Bildungssystem in Zeiten der Krise: Empirische Befunde, Konsequenzen und Potenziale für das Lehren und Lernen* (S. 280-306). Waxmann.

Schulze Heuling, D. & Helm, C. (2022). Schulschließungen als ethische Herausforderung. *Zeitschrift für Bildungsforschung*. <https://doi.org/10.1007/s35834-022-00364-4>

Hinweis: Nicht alle Publikationen sind online oder kostenfrei verfügbar. Diese können aber teilweise in der Universitätsbibliothek Osnabrück nachgeschlagen werden.

Die Forschungsergebnisse der "Muntermacher-Studie" und die Diskussion auf dem Podium zeigten das zukunftsweisende Potential unserer Freien Montessori-Schule. Keinesfalls verstehen wir uns als Gegenbewegung zum staatlichen Schulsystem; vielmehr wollen wir ein Modell sein, das Impulse für Weiterentwicklung setzt. Schule ist nicht nur Lern- sondern auch Lebensort für Kinder. Wir wollen den Meinungen, Interessen und individuellen Fähigkeiten von Kindern einen Platz geben und sie als Menschen sehen und wertschätzen, damit sie zu verantwortungsbewussten Mitgliedern der Gesellschaft heranwachsen können.

Anne Leisering

Foto: hepe



Fotos: hepe



03. April 2024
Volkshochschule Osnabrück
Vortragssaal
17:15 bis 19:30 Uhr

Lernen aus der Krise!?

Anpassung und Neuanfang: Das (Wohl)Befinden junger Menschen in Osnabrück während und nach der Coronapandemie

Vortrag und Diskussion mit:
Eva Grommé – Universität Osnabrück
Anne Leisering – Freie Montessori-Grundschule Osnabrück
Nicole Schnorrenberg – StadtElternRat
Linus Sandkämper – Stadtschülerrat
Moderation: Felicitas Kröger – VHS Osnabrück

Die Stadt Osnabrück entschied sich 2021 und 2022 die Muntermacher-Studie durchzuführen. Das Ziel dabei war es, den betroffenen Kindern und Jugendlichen durch eine wissenschaftliche Befragung eine Stimme zu geben.

Eva Grommé wird in einem Impulsvortrag inklusive Science Slams über die Muntermacher-Studie berichten.

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit der Referentin wird nicht nur ein Blick zurück, sondern auch nach vorne geworfen. Welche (nachhaltigen) Folgen hat die Pandemie in Zeiten multipler Krisen für junge Menschen? Wer ist besonders betroffen? Und was heißt das für unsere Bildungssysteme? Welche Konzepte sind erforderlich, um die in der Krise sichtbar gewordenen Defizite unseres Bildungssystems durch neue bildungspolitische Ausrichtungen und neue Lernformen sowie Kompetenzen zu gestalten.

Die Teilnahme ist kostenlos!

Die Veranstaltung findet statt in Kooperation mit:



Ich bin gut durch die Corona-Zeit gekommen. Drei meiner Freundinnen ging es nicht so gut: Essstörungen, Klinik. Gleichheit und Gerechtigkeit brauchen mehr Unterstützung.

Benedikt Knillmann

Insgesamt schaue ich recht positiv auf das Handeln im Schulsektor während der Krise. Keine Frage: Vieles hätte anders und deutlich besser laufen können, aber man war stets bemüht, das Beste aus der Situation zu machen. Wenngleich dies folglich bedeutet, dass man sich in Zukunft keinesfalls diese Fehler nochmals erlauben darf, sondern stattdessen gezielte Weiterentwicklung vollzogen werden müssen - möglichst noch bevor es zur nächsten Krise kommt.

Linus Sandkämper

Das Podium v.l.n.r.: Felicitas Kröger – VHS Osnabrück, Anne Leisering – Freie Montessori-Grundschule Osnabrück, Eva Grommé, Nicole Schnorrenberg – StadtElternRat, Benedikt Knillmann und Linus Sandkämper – Stadtschülerrat

Foto: hepe



Jahreshauptversammlung 2023**3. April 2024 in der VHS**

Foto: hepe

Anträge zur Satzungsänderung - Auszug

Jahreshauptversammlung (JHV) des Kreisverbandes der GEW Osnabrück-Stadt am 3. April 2024

Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:

Antrag 2

Nach dem Absatz 14 wird ein Absatz 15 eingefügt:

(15) Die Jahreshauptversammlung kann auch als digitale oder hybride Versammlung durchgeführt werden, an der Mitglieder ohne Anwesenheit am Versammlungsort im Wege der elektronischen Kommunikation teilnehmen und ihre Mitgliedsrechte ausüben können.

Alle Mitglieder erhalten die Mög-

lichkeit, mithilfe eines elektronischen Tools an der Versammlung teilzunehmen und ihr Stimmrecht bei Beschlüssen und Wahlen auszuüben.

Die Form der digitalen Teilnahme ist bei der Einladung zur Jahreshauptversammlung allen Mitgliedern mitzuteilen.

Über die jeweilige Durchführung entscheidet der Vorstand des Kreisverbandes.

Begründung

Entsprechend der Änderung des § 32 BGB darf eine Mitgliederversammlung unter bestimmten Voraussetzungen als hybride Veranstaltung durchgeführt werden, die im o.g. Antrag enthalten sind. Mit diesem Antrag soll nicht nur eine Corona bedingte Möglichkeit weiterhin genutzt werden. Die hybride Form gibt grundsätzlich allen Mitgliedern das Recht, bei möglichen Verhinderungen an den Mitgliederversammlungen der GEW KV OS-Stadt teilzunehmen und ihre Mitgliedsrechte auszuüben.

§ 5 Vorstand

Antrag 3

Im Absatz 4 § 5 wird die Ziffer 1) Vorsitz in „**Sprecher/Sprecherin des Vorstandes**“ umbenannt.

Begründung:

Die Aufgaben des/der Vorsitzenden beschränken sich auf die Einladung zu Vorstandssitzungen, Jahreshauptversammlungen und die Leitung dieser Sitzungen. Ihm/ihr obliegt kein weiterer Geschäftsbereich. Das Vertretungsrecht gegenüber Dritten hat satzungsgemäß jedes gewählte Mitglied des Vorstandes. Der/dem Vorsitzenden steht hier kein besonderes Recht zu. Es ist deshalb sinnvoll dieses Amt als Sprecher/Sprecherin zu bezeichnen.

Antrag 6

Der Absatz 10 § 5 Das Quorum für die Beschlussfähigkeit des Vorstandes wird aufgehoben. Der Vorstand ist **mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder** beschlussfähig,

Der Vorstand tagt mindestens sechsmal im Jahr. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Er fällt die Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Betreffen die Beschlüsse einen bestimmten Bereich oder Arbeitskreis, so ist ein Beschluss nur dann möglich, wenn eine stimmberechtigte Vertreterin/ein stimmberechtigter Vertreter dieses Bereichs/Arbeitskreises anwesend ist.

Begründung:

In der Vergangenheit hat das Quorum dazu geführt, dass keine Beschlüsse gefasst werden konnten.

Hagen, 7. Februar 2024

Henrik Peitsch

Diese Änderungen wurden während der Jahreshauptversammlung am 3. April 2024 beschlossen.

„Alle Schuhe aus!“ Hospitations-Besuch in der Richtsberg-Gesamtschule Marburg Bernd Glüsenkamp

„Pädagogische Geschlossenheit“ des Kollegiums in Verbindung mit der konsequenten Anwendung der „A-Regel“ ist ein Erfolgsrezept der Richtsberg-Gesamtschule.

Was heißt A-Regel? „ALLEN Anweisungen einer Lehrkraft ist Folge zu leisten. Schluss ist Schluss!“ Cedric Lütgert, Lehrkraft an der Schule, erläutert Besuchern der Friedensschule und der Universität Osnabrück die pädagogischen Grundsätze. Dazu gehört auch: „Keine Lehrkraft darf weggucken!“

Es gibt kein Trainingsraumkonzept, Regeln sind klar formuliert. Verstöße gegen diese Regeln werden sofort geahndet. Nachsitzen ist das geringste Übel. Der Verlust des Freiheitsgrades (Stufen der Selbstverwaltung) oder die Suspendierung wirken. So verfügt jeder Schüler/jede Schülerin über ein I-pad, Handys sind grundsätzlich verboten. Wer gegen die Regel der Handynutzung verstößt, wird einen Tag suspendiert.

Auch die neu eingestellten Lehrkräfte müssen regelkonform agieren. Bei ihrer Einstellung unterschreiben sie das Leitbild der Schule als Grundlage für ihre Arbeit.

Die Englischlehrkräfte der Friedensschule interessieren sich besonders für das stark individualisierte Lernen. ES gibt eine Lernlandschaft für Mathe und Deutsch, eine für die Fremdsprachen mit Rückzugsorten, Gruppentischen und fachspezifischen Materialien. Außerdem ein Großraumbüro mit 120 (!) Tischen, in dem jeder Schüler seinen eigenen Arbeitsplatz hat. Hier ist es mucksmäuschenstill!

Der Englischunterricht findet in der „Lernzeit“ und in der wöchentlichen „Fachstunde“ statt. Sie ist auch verpflichtend in Deutsch und Mathe. Die Frage nach einer angemessenen Berücksichtigung des Kompetenzbereiches „Sprechen“ im Englisch ist in der Richtsberg-Gesamtschule ebenfalls Schwerpunkt der Fachdiskussion.

Interessant: Das regelmäßige Coachinggespräch hat sich auch in der Richtsberg-Gesamtschule bewährt.



Foto: privat

Und die Schuhe? Wie in der Friedensschule ziehen alle Schüler und alle Lehrkräfte ihre Schuhe selbstverständlich vor dem Lernatelier und anderen Räumen aus. Wie in der Friedensschule.

Die Hospitation fand am 16. April 2024 statt.

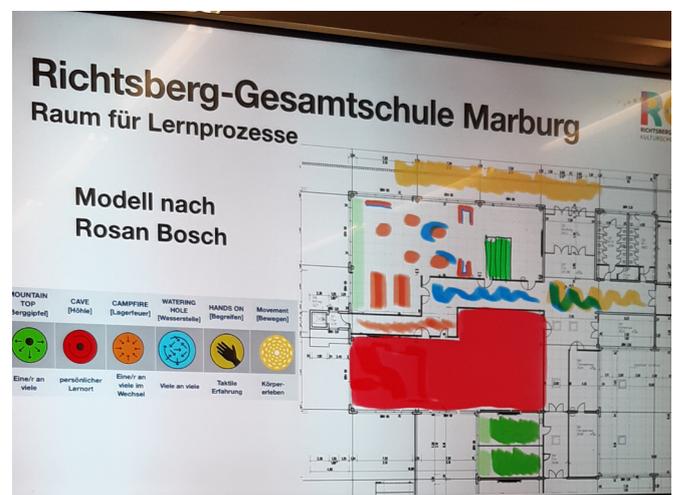


Foto: Bernd Glüsenkamp



Foto: Bernd Glüsenkamp

**Erinnerung an die Bücherverbrennung 1933:
Warum wurden eigentlich die Autorinnen vergessen?
DGB-Frauen: Auch bei Erinnerungstafeln muss Gleichberechtigung gelten!**



V.l.n.r. Gabriele Uthmann, Sigrun Müller, Eveline Wefer-Kamali, Nicole Verlage, Birgit Ostendorf, Brigitte Lewandowski, Annette Gebhardt

Foto: Osnabrücker Rundschau

Am 10. Mai jährte sich zum 91. Mal jener Tag, an dem die Nationalsozialisten im Rahmen ihrer „Bücherverbrennung“ die Werke deutscher Autor*innen vernichtet haben. Zur Erinnerung an dieses Ereignis fordern die DGB-Frauen aktuell ein gleichberechtigtes Erinnern: Autorinnen, deren Werke dem Feuer zum Opfer gefallen sind, müssen danach nachträglich der Gedenktafel über „Verbrannter Bücher“ hinzugefügt werden. Offenbar findet die Initiative positive Resonanz.

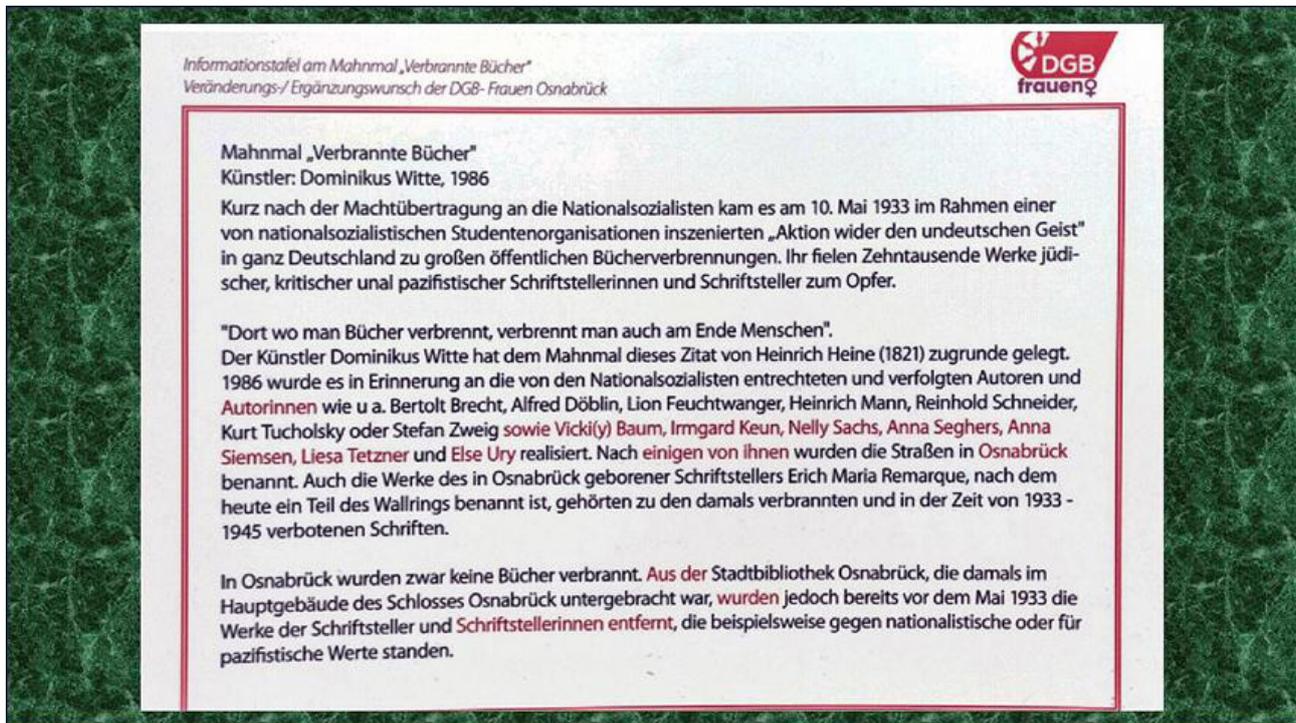
Blicken wir zurück: In Deutschland war die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 ein markantes Ereignis. Tausende von Büchern wurden verbrannt, die von Nationalsozialisten als „undeutsch“ oder „entartet“ angesehen wurden. Was oft weniger bekannt ist: Unter den verbrannten Büchern waren auch Werke von Autorinnen, deren Schriften als nicht mit der nationalsozialistischen Ideologie vereinbar betrachtet wurden.

Mit einer Folgeerscheinung erreichten die Nazis, aus ihrer Sicht, einen ganz besonderen Erfolg: Die zahlreichen Autorinnen gerieten besonders in Vergessenheit. Die Forderung nach Gleichberech-

tigung aller Menschen, die nach dem Faschismus erhoben wurde, wurde deshalb weiterhin jahrzehntelang vorangetrieben. Auf der Osnabrücker Gedenktafel für die Bücherverbrennungen wurde allerdings bislang keine einzige Frau ergänzt. Seit 2018 erinnert der DGB auf der Sommerbühne an der Lerchenstraße an diesem Tag – und nimmt das aktuelle Jahr zum Anlass, an das genannte Defizit zu erinnern.

In ihrer Vorrede sagte die DGB-Geschäftsführerin der Region Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim, Nicole Verlage, dass man zum Tag des freien Buches zum Nachdenken anregen wolle und Gleichberechtigung für alle Autorinnen einfordert, deren Werke nie in Vergessenheit geraten dürften. „Geschichte sollte nicht einseitig geschrieben werden. Vielfalt ist eine Bereicherung für uns alle“, betonte Verlage.

Dank des Engagements von Gabriele Uthmann hatte man sich zuvor in akribischer Kleinarbeit mit Frauen beschäftigt, deren Werke 1933 in Flammen aufgingen. Bei den Schriften handelt es sich nicht nur um Romane oder Gedichte, sondern auch um Bücher zur Geschichte, zur Kunst, zur Politik, Staatswissenschaft, Literaturgeschichte, Religion,



Vorgeschlagener neuer Tafeltext mit markierten Ergänzungen.

Foto: Osnabrücker Rundschau

Philosophie oder Pädagogik.

Ein Blick auf die Werksbestände offenbart: Es waren viele Autorinnen, die während der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland zum Opfer von Zensur und Verfolgung wurden. Die Lebensläufe der Literatinnen wurden von Nicole Verlage, Sigrun Müller und fünf weiteren DGB-Frauen auf der Sommerbühne an der Lerchenstraße vorgestellt. Dabei handelte es sich beispielsweise um Nelly Sachs, Else Ury, Dr. Gertrud Woker, Anna Seghers, Dr. Anna Siemsen, Bertha von Suttner und Vicki Baum. Die DGB-Frauen hatten zu jeder vorgestellten Schriftstellerin eine Karte mit Bild, Zitat und Lebenslauf erstellt, die von den Zuhörer*innen mit nach Hause genommen werden konnten. Die sieben Karten sind auch beim DGB erhältlich.

Nachdem alle Biografien der genannten Autorinnen verlesen wurden, gingen die Teilnehmenden der Veranstaltung gemeinsam mit den DGB-Frauen und den OMAS GEGEN RECHTS zur Gedenktafel und zum Mahnmal, das zwischen Haster Weg und Reinhold-Schneider-Straße im Stadtteil

Dieser Beitrag erschien am 24. Mai 2024 in der **Osnabrücker Rundschau**. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der OR.

Dodesheide steht und seit Jahren an die verfeimten Menschen aus der Literatur erinnert.

Vor Ort präsentierten die Frauen den Vorschlag einer von ihnen überarbeiteten Gedenktafel. Gaby Uthmann von der GEW berichtete, dass nach verschiedenen Gesprächen mit Mitarbeiter*innen des Kulturamtes tatsächlich eine Erweiterung und Modernisierung der Informationstafel beim Mahnmal der verbrannten Bücher ermöglicht werden könnte.

Es sollen demnächst fünf Namen von Frauen, deren Werke 1933 verbrannt und nach denen in Osnabrück zum Teil bereits Straßen benannt wurden, in die neue Informationstafel eingefügt werden. Es handelt sich hierbei um Marieluise Fleißer, Claire Goll, Nelly Sachs, Anna Siemsen und Bertha von Suttner. Ferner soll die neue Tafel auch mit Brailleschrift und QR-Codes versehen werden. Zum Schluss wurde angeregt, Rat und Verwaltung weitere Frauen vorzuschlagen, nach denen in Osnabrück jeweils eine Straße benannt werden soll.

GEW

**Die erste Adresse,
wenn es um Bildung geht.**

Was gute Schulen heute auszeichnet Dr. Josef Hanel

Was ist zu tun nach dem neuen Pisa-Debakel? Zum Bildungsauftrag der Schule gehört es, frühzeitig zu reagieren und jedes einzelne Kind zu fördern.

Wilhelm Busch hat in den Lausbubengeschichten von Max und Moritz die Aufgabe der Schule so auf den Punkt gebracht: „...dass dieses mit Verstand geschah, war der Lehrer Lämpel da.“ In der heutigen Nach-Pisa-Zeit muss man feststellen, dass der pädagogische Sachverstand nicht mehr als Alleinstellungsmerkmal der Schule gilt, sondern auch von außerschulischen Einrichtungen übernommen worden ist, die erkannt haben, dass mit der genuinen Aufgabe der Schule viel Geld zu verdienen ist. Obwohl das Schulgesetz etwa in Nordrhein-Westfalen das Recht auf Bildung, Erziehung und individuelle Förderung betont, wird dieses oft nicht umgesetzt, weil es von der Schule vernachlässigt, der Gesellschaft nicht eingefordert wird und den Eltern oft unbekannt ist.

Ein kleiner Exkurs mag die damit verbundene Problematik verdeutlichen. Wenn ein Mensch mit Senk- und Spreizfuß seinen Schuster fragen würde, ob die Schuhe trotz seines Handicaps repariert würden, wird jeder Schuster dazu bereit sein und seinen Kunden nicht an die Orthopädie verweisen. Anders verfährt man oft im Schulalltag. Kinder mit Teilleistungsstörungen wie Legasthenie oder Dyskalkulie werden oft an außerschulische Institutionen verwiesen, obwohl jede Fachkraft in der Schule in der Lage ist, normalbegabte lese-rechtschreibschwache oder rechenschwache Kinder hinreichend zu fördern, vorausgesetzt, Lernzeiten und Ressourcen stehen ausreichend zur Verfügung.

Die Schule von morgen bekennt sich zur alleinigen Verantwortung für das Erlernen der Kulturtechniken und fördert im pädagogischen Ganztags jedes Kind. Reichen dazu die eigenen Ressourcen nicht aus, sollten zertifizierte Fachkräfte das Kollegium ergänzen, denn die Schule ist der beste Lernort, weil hier jedes Kind erreicht wird. Fachkräfte aus außerschulischen Bildungsinstituten beklagen sich immer häufiger, dass Kinder nach einem anstrengenden Schulganztags nicht mehr aufnahmefähig sind. Gemeinsam ließe sich ein pädagogischer Ganztags gestalten, in dem das nachhaltige Lernen



Foto: privat

möglich wird, das Sitzenbleiben mehr und mehr unnötig und so Bildungsgerechtigkeit erreicht wird.

Eine Lese- und Rechtschreibschwäche ist ebenso wie eine Rechenschwäche zunächst ein ureigenes Problem des Unterrichts und das sollte dort behoben werden, wo es entsteht: in der Schule. Das ist auch die Meinung von Professor Wolfram Meyerhöfer (Universität Paderborn), der die Förderung beim Vorliegen einer Legasthenie oder Dyskalkulie als natürliche und machbare Aufgabe des Unterrichtsgeschehens ansieht. Meyerhöfer sieht darin ein ureigenes Problem der Pädagogik. „Ihr sucht an der falschen Stelle nach der Lösung. Nicht der Kopf der Kinder ist das Problem, sondern ihr Unterricht: Kinder sind sehr unterschiedlich.“

Fehlende individuelle Förderung im Unterricht führt zu Schuljahreswiederholungen, zur Verlängerung der zehnjährigen Schulpflicht, zu nicht erreichten Schulabschlüssen etc. Fiskalisch betrachtet, wird an der gesetzlichen Pflicht zur individuellen Förderung vor allem in Grundschulen gespart und später ein Vielfaches an Steuergeldern ausgegeben, um den entstandenen Schaden zu beheben.

Darauf hat das Statistische Bundesamt bereits 2016 hingewiesen: „Klassenwiederholungen können die Motivation von Schülerinnen und Schülern positiv aber auch negativ beeinflussen. Ungeachtet dessen führen Klassenwiederholungen zu erheblichen Mehraufwendungen im Bildungsbereich.“



Foto: privat

Die Kosten, die vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung von Klassenwiederholungen verursachen, gelten als wesentlich niedriger als die, die dadurch entstehen, dass Schülerinnen und Schüler ein weiteres Jahr zur Schule gehen.“

An deutschen Schulen haben im Schuljahr 2021/2022 insgesamt 155.800 Jungen und Mädchen eine Klasse wiederholt. Blieben diese ein Jahr länger im Schulsystem, entstehen zusätzliche Kosten. Das Statistische Bundesamt rechnet mit 6.800 Euro für ein Schuljahr. Würde man auf Lerndefizite früher reagieren und auf Schuljahreswiederholungen verzichten, ließen sich mit diesem Finanzvolumen circa 20.000 (!) Stellen Schulpsychologie, Lerntherapie etc. finanzieren. Das würde bedeuten, dass zum Beispiel jede der circa 16.000 Grundschulen in der BRD mit mehr als einer Therapiestelle ausgestattet werden könnte. Ein so erweitertes multifunktionelles Kollegium würde wegen der nicht eintretenden Folgekosten erhebliche Finanzmittel einsparen und gleichzeitig kollegiale Fortbildung und Berufszufriedenheit fördern.

Aktuell macht Klaus Zierer (Universität Augsburg) auf einen weiteren wichtigen Aspekt in der Bildungsdiskussion aufmerksam, der bisher vernachlässigt wurde: die Einbeziehung der Eltern bereits im Elementarbereich und dann in der Schule. Eltern, die im Vorschulalter ihren Kindern nicht vorlesen, müssen sich nicht wundern, wenn gute Leistungen in der Schule ausbleiben. Eltern, die verstehen, welche Rolle sie haben, und diese dann

auch annehmen und auszufüllen versuchen, haben mit den größten Einfluss auf den Schulerfolg ihrer Kinder. Und Eltern, die sich von Vorschuleinrichtungen und Schulen fernhalten, versündigen sich an den Bildungschancen der eigenen Kinder.

Aus Sicht der empirischen Bildungsforschung und der Meta-Analysen über guten Unterricht verfehlt die gegenwärtige Debatte das Ziel, da nicht auf der Grundlage von deren Erkenntnissen argumentiert wird. Schule benötigt Initiative, Motivation, Teamdenken, Professionalität und Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung auf allen Ebenen und ebenso die Mitwirkung des Elternhauses, die oftmals nicht eingefordert beziehungsweise durchgesetzt wird. Im Elternhaus liegt der Dreh- und Angelpunkt, wie Kinder mit den Herausforderungen unseres Medienzeitalters zurecht kommen trotz der Attraktivität der Computerspiele, Tiktok und Co. Ein Weg dorthin wäre der pädagogische Ganztags in der Zeit von 8 bis 16 Uhr und ein völliger Verzicht auf das Smartphone zumindest in der Grundschule.

Ausblick: Es ist nach dem erneuten Pisa-Debakel bei uns genug geklagt und gejammert worden. Handeln wir endlich. Kümmern wir uns wieder darum, was gute Schulen, die es in der Tat gibt, heute auszeichnet. Diese sind in der Lage, mit einer relativen Autonomie der erheblichen Bürokratie entgegenzuwirken, sich auf die eigenen pädagogischen Kompetenzen zu besinnen und gemeinsame kollegiale Fortbildung zu organisieren. Mit dem neu gewonnenen pädagogischen Ethos kehren

Selbstvertrauen und Zufriedenheit im Beruf zurück, vor allem dann, wenn eine gerechte Bezahlung das Maß an Anerkennung ausdrückt.

Dr. Josef Hanel ist DiplomPsychologe und Pädagoge. Er ist Vorsitzender des Vereins für Schulpsychologie Detmold.

Dieser Beitrag erschien am 25. Juni 2024 in der **Frankfurter Rundschau**. Der Abdruck geschieht mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Termine

Sonntag, 01. September –10:00 Uhr

Antikriegstag – Gewerkschaftshaus

Sonntag, 15. September 2024 – 13:00 bis 19:00 h

„Fest der Kulturen“ in der Stadt Osnabrück

Dienstag, 24. September 2024 – 17:30 h

Jubilarehrung – Best Western Hotel Hohenzollern – Theodor-Heuss-Platz 5 – 49074 Osnabrück – Die Einladungen werden zeitnah verschickt

Mittwoch, 2. Oktober bis Sonntag, 6. Oktober

Reise nach Greifswald – Besuch der Patenstadt von Osnabrück

Die Kosten werden ca. 500,00 € betragen. Eine Reservierungs- und Preisanfrage an das Hotel „Alter Speicher“ wurde verschickt. Die Antwort steht noch aus.

Geplantes Programm:

- 250 Jahre Caspar David Friedrich - Jubiläumsführung
- Altstadt Rundgang bzw. Nachtwächterführung
- Führung durch Aula und Karzer der Uni
- Treffen mit Mitgliedern des GEW-Kreisvorstandes Greifswald
-

Bei Interesse bitte per Mail melden: gew-osnabrueck@t-online.de – Die Anzahl der Teilnehmenden ist auf 10 Personen begrenzt!



12.03.2024

Die überzogenen Versprechungen der Künstliche Intelligenz

Künstliche Intelligenz (KI) soll alles besser und schneller machen. Die Versprechen reichen von umfassenden medizinischen Diagnosen, über mehr Produktivität in Dienstleistungen und Industrie. Sogar den Klimawandel sollen schlaue Systeme bewältigen helfen. Hartmut Hirsch-Kreinsen analysiert, wie realistisch diese aktuellen Versprechen sind.

19.02.2024

Die US-Gewerkschaften und die amerikanische Präsidentschaftswahl

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind im Wahlkampf. Thomas Greven skizziert die Situation der US-Gewerkschaften in der sehr aufgeheizten politischen Stimmung.

<https://gegenblende.dgb.de>



LabourNet Germany

<https://www.labournet.de>

express
Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



01.08.2024

Die Schule brennt / GEW erwartet erste Löschmaßnahmen

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) verlangt von der Niedersächsischen Landesregierung ein aktives Handeln zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung. Aus Sicht der Bildungsgewerkschaft verwaltet das Land weiterhin nur passiv die die Missstände, statt die vorliegenden Verbesserungsvorschläge einer Feuertaufe zu unterziehen.

Ogleich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am 1. August 2024 mit den Höhergruppierungen der Grund-, Haupt- und Realschullehrkräfte sowie Fachpraxislehrkräften und der Schulleitungen kleiner Grundschulen einen großen Erfolg zu verzeichnen hat, bleiben noch etliche Probleme in den Schulen ungelöst. Bei ihrer Pressekonferenz zum Schuljahresbeginn 2024/2025 benennt die Bildungsgewerkschaft verschleppte Baustellen im gesamten System Schule. „Die Besoldungsanpassungen waren längst überfällig und werden Niedersachsen langfristig vor einer Abwanderungswelle bewahren“, äußert sich der GEW-Landesvorsitzende Stefan Störmer. Dennoch ist die Bildungsgewerkschaft besorgt, da eine deutliche Verbesserung der Unterrichtsversorgung trotz dieses Erfolges nicht in Sicht ist.

„Die dauerhafte Belastung in den Schulen führt beispielsweise dazu, dass gerade einmal jede fünfte Lehrkraft bis zur gesetzlichen Altersgrenze mit 67 Jahren im Schuldienst tätig ist.“ (Stefan Störmer)

„Dauerbrenner wie die beunruhigende Abbrecherquote, kontinuierlich ansteigende Krankenstände, vorzeitige Pensionierungen und sich häufende Teilzeitanträge sind keine kleinen Strohfeuer mehr. All das sind offensichtliche Faktoren eines um sich greifenden Flächenbrandes. Allen Akteuren sollte mittlerweile klar sein, dass die Schule lichterloh brennt“, sagt Stefan Störmer in Hinblick auf das neue Schuljahr. Statistisch betrachtet sehen die Zahlen deckend aus. In Wirklichkeit lastet jedoch viel zu viel Arbeit auf wenigen Schultern und das treibt wiederum die Krankenstände seit Jahren in die Höhe. Die dauerhafte Belastung in den Schulen führt beispielsweise dazu, dass gerade einmal jede fünfte Lehrkraft bis zur gesetzlichen Altersgrenze mit 67 Jahren im Schuldienst tätig ist. Neue Stellenausschreibungen orientieren sich hingegen nicht am Bedarf, sondern lediglich an der prognostizierten Bewerber*innenanzahl. Die GEW sieht auf Grundlage des IST-Zustandes akuten Handlungsbedarf im Bereich Lehrkräftebildung sowie dem Ausbau und Aufwuchs der Studienplätze. „Sowohl die Abbrecherquote während des Studiums als auch dass seit Jahren durchschnittlich ein Drittel der Absolvent*innen kein Referendariat antreten und sogar 20 Prozent (also jeder Fünfte) dem Schuldienst ganz den Rücken kehrt, könnte durch grundlegende Maßnahmen eingedämmt werden. Erst dann, wenn die Rahmenbedingungen von Anfang bis Ende stimmen, lassen sich neue Kräfte im System binden und es bleibt auch kein Bestandspersonal auf der Strecke“, betont der Bildungsexperte.

„Wenn die Landesregierung jedoch mehr als nur das Mindestmaß leisten möchte, muss sie Maßnahmen ergreifen, die die Kapazität steigern.“ (Stefan Störmer)

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert die Niedersächsische Landesregierung auf, Verbesserungen an bisherigen Maßnahmen, die sich überwiegend auf das Bestandspersonal beziehen, angemessen in die Wege zu leiten. Neben der Aufstockung von personellen und finanziellen Ressourcen im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz, gilt es insbesondere die regionale Umverteilung zukünftig besser zu gewährleisten und Stellenausschreibungen bedarfsdeckend zu setzen. „Wenn die Landesregierung jedoch mehr als nur das Mindestmaß leisten möchte, muss sie Maßnahmen ergreifen, die die Kapazität steigern“, so Störmer. „Speziell zum Thema Lehrkräftegewinnung sind zahlreiche Vorschläge von uns auf den Tisch gelegt worden. Wir brauchen keine weiteren Dialogforen, die einzelnen Vorschläge müssen jetzt schnell auf ihre Wirksamkeit geprüft und – bei positivem Befund – umgesetzt werden. Für Löscharbeiten ruft man schließlich die Feuerwehr und nicht den Architekten.“

<https://www.gew-nds.de/aktuelles>



16.07.2024

Digitalpakt 2.0 in Gefahr: GEW fordert klare Zusagen von der Bundesregierung

GEW-Chefin fordert vor der Haushaltsberatung vom Bundeskabinett deutlich mehr Investitionen in die Bildung und endlich eine Zusage zur Fortführung des Digitalpakt 2.0

Frankfurt am Main – „Der Kompromiss über einen Bundeshaushalt ist für die Bildung insgesamt enttäuschend“, sagte Maike Finnern, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im Vorfeld der morgigen Beratungen im Bundeskabinett über den Bundeshaushalt 2025, der Finanzplanung bis 2028 und der sogenannten Wachstumsinitiative.

Finnern kritisierte besonders, dass der Digitalpakt 2.0 offenbar weiterhin auf der Kippe steht. „Im Bundeshaushalt ist keine Rede mehr von der Fortführung und Sicherung des Digitalpakts 2.0, das ist schlichtweg unverantwortlich.“ Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) schiebe die Verantwortung einfach der Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) zu. „Die Aussichten, dass sich Bund und Länder hier auf einen tragbaren Kompromiss einigen, sind damit in weite Ferne gerückt.“, sagte die GEW-Chefin. Dabei brauchten Schulen gerade jetzt beim Ausbau der digitalen Infrastruktur und den dafür notwendigen personellen Ressourcen dringend Planungssicherheit, um nicht ins digitale Hintertreffen zu geraten. „Die Digitalisierung ist integraler Teil des Bildungsweges. Sie muss dauerhaft finanziert und strukturell gefördert werden. Niemand möchte zurück ins Zeitalter von Kreide und Tafel“, sagte Finnern.

Ein Scheitern des Digitalpakts 2.0 würde bedeuten, so Finnern, dass Schüler*innen nicht die notwendigen digitalen Kompetenzen erwerben, um sich in einer zunehmend digitalisierten Welt zurechtzufinden. „So werden Bildungsungleichheiten weiter verstärkt und benachteiligte Schüler*innen zusätzlich schlechter gestellt.“

Dass Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Vizekanzler Robert Habeck (Bündnis90/Die Grünen) und Bundesfinanzminister Lindner stattdessen längst gemachte Zusagen verkündeten, kritisierte Finnern scharf: „Die Fortführung des KiTa-Qualitätsgesetzes und des Startchancenprogramms erneut als Erfolg zu präsentieren, ist nicht mehr als eine Mogelpackung, wenn sie gleichzeitig die Kindergrundsicherung begraben. Wenn es die Bundesregierung ernst meint mit ihren guten Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, ist es an der Zeit, dass sie endlich klare finanzielle Zusagen für ein mutiges Investitionsprogramm in die Bildung macht...“

03.07.2024

„Koalition geht in die Sommerpause und vergisst die Kinder!“

Berlin – Das „Bündnis Kindergrundsicherung“ aus 20 Verbänden sowie 13 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist erschüttert, dass sich die Bundesregierung zu keiner echten Kindergrundsicherung für arme Kinder durchringen kann.

Seit Monaten hängt der Gesetzentwurf zur Kindergrundsicherung im Bundestag fest. Dabei wurde die ursprüngliche Reformidee in der Koalition sowieso schon gemeinsam auf eine Schmalpurversion heruntergeköchelt. An ausreichenden Leistungshöhen für Kinder fehlt es im aktuellen Gesetzentwurf hingegen weiterhin gänzlich. Die Neuberechnung des sogenannten „kindlichen Existenzminimums“ geht man weiterhin nicht an.

Verena Bentele, Präsidentin des „Sozialverband VdK Deutschland“ und Sprecherin des „Bündnis Kindergrundsicherung“, mahnt: „Während in der Politik die Sommerpause eingeläutet wird und die Mitglieder der Regierung und des Parlaments in den Urlaub gehen, fällt der Urlaub für arme Kinder dieses Jahr mal wieder ins Wasser. Armen Familien fehlt es an Geld für Urlaubsreisen, für Besuche im Freibad oder für eine Kugel Eis. Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind gut aufwachsen und an der Gemeinschaft teilhaben kann. Die Regierung muss jetzt handeln und endlich eine gute Kindergrundsicherung verabschieden.“

<https://www.gew.de/presse>

Stefan Politze*Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion*

28. Juni 2024

Reform der Lehramtsausbildung in Niedersachsen*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

in einer sich stetig wandelnden und dabei immer komplexer werdenden Welt muss sich auch das Berufsfeld von Lehrerinnen und Lehrern nach der EU-Wahl: Droht ein Rechtsaußen-Europa? diesen neuen Gegebenheiten anpassen. Zu den zentralen Aufgaben von Lehrkräften zählt heutzutage schon lange nicht mehr die pure ‚Stoffvermittlung‘, es geht vielmehr um die Gestaltung individualisierter Lernprozesse (in einer inklusiven Schule) sowie die Organisation und Sicherstellung ganztägigen Lernens. Aber auch die personelle Zusammensetzung der Schulkollegien in Verbindung mit an der Schule tätigen multiprofessionellen Teams bewirkt tiefgreifende Veränderungen in der Lern- und Arbeitskultur.

*Foto: Maximilian König*

Aus diesem Grund ist es bildungspolitisch unumgänglich, auch die Lehrkräftebildung spürbar zu reformieren. Hierfür hat der rotgrüne Arbeitskreis Kultus ein umfassendes Konzept erarbeitet, das zunächst pilotiert umgesetzt werden soll. Ein zentrales Reformvorhaben ist dabei die Einführung des Stufenlehramtes. Anders als bisher sollen dann Studierende nicht auf einzelne Lehrämter wie Grund-, Haupt-, Realschulen oder Gymnasien studieren, sondern entweder für den Primarbereich (Jahrgangsstufen 1-4) oder die Sekundarbereiche I und II ausgebildet werden (Jahrgangsstufe 5-13). Absolventinnen und Absolventen der Sekundarbereiche könnten also grundsätzlich an allen weiterführenden Schulformen eingesetzt werden – eine zentral wichtige Maßnahme gegen den Fachkräftemangel. Die so ausgebildeten Lehrkräfte können an allen Schulformen arbeiten, egal ob Oberschule, IGS oder Gymnasium. Die bewährten Qualitätsstandards bleiben dabei erhalten. Um dies umzusetzen, müssen aber auch an den Universitäten ausreichend Ressourcen investiert werden, um ein flächendeckendes Ausbildungsangebot zu gewährleisten, z. B. an solchen Standorten, an denen noch kein LA für alle Schulformen der Sekundarstufe angeboten wird. Dike Hochschulen haben signalisiert, dass sie den Prozess unterstützen würden.

Wichtig bei den Reformbemühungen ist zudem die stärkere und frühere Verankerung des Praxisbezugs in der Lehrkräfteausbildung. Wie die Erhebung der GEW hierzu zeigt, empfinden viele Lehramtsanwärter:innen einen regelrechten ‚Praxischock‘, wenn sie erstmals an die Schulen kommen. Um dies abzufedern, sollen sowohl im Bachelor- als auch im Masterteil des Studiums zusätzliche Praxisanteile implementiert werden, damit die Studierenden möglichst frühzeitig mit der beruflichen Realität ihrer späteren Tätigkeit in Kontakt kommen.

Und auch dem Fach „Sonderpädagogik“ soll eine stärkere Bedeutung (als eigenständiges, zweites Fach) beigemessen und sonderpädagogische Inhalte auch stärker in die allgemeine Stufenlehramtsausbildung eingebettet werden. Zukünftig sollen alle Lehrkräfte über einen Grundstock sonderpädagogischen Wissens verfügen, da nur so eine inklusive Schule möglich ist. Zudem sollen gesellschaftlich relevante Themen (Demokratiebildung, Medienkompetenz etc.) ebenfalls eine stärkere Rolle spielen.

Daran anknüpfend soll dann auch die „dritte Phase“ spürbar reformiert werden. Rückmeldungen aus der Praxis legen nahe, dass im bisherigen System deutlicher Verbesserungsbedarf besteht. Dies ist ein zukünftiges Desiderat unserer Bildungspolitik, das wir nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Ein genauer Zeitpunkt für Einführung des Stufenlehramtes steht allerdings zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest. Weder MWK noch MK haben in den Haushaltsplanberatungen für das kommende Jahr die notwendigen Mittel dafür eingestellt, da vorerst noch andere Vorhaben – vor dem Hintergrund einer angespannten Haushaltslage – Priorität besitzen.

Der Arbeitskreis Kultus wird sich allerdings auch weiterhin vehement für die zeitnahe Einführung des Stufenlehramtes stark machen.

Mit solidarischen Grüßen
Stefan Politze
 Bildungspolitischer Sprecher
 der SPD-Landtagsfraktion

Hintergrund der Reform der Lehrkräfteausbildung in Niedersachsen

Auszug aus dem Koalitionsvertrag für die 19. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages 2022 bis 2027

Beide Phasen der Lehrkräfteausbildung werden wir einer grundlegenden Reform unterziehen, die insbesondere höhere Praxis- und Pädagogikanteile im Bachelor- und Masterstudium, eine Neustrukturierung der Lehrämter des Sekundarbereiches hin zum Stufenlehramt sowie eine Neustrukturierung und breite, schulformübergreifende Öffnung des Vorbereitungsdienstes beinhaltet. Wir werden fachübergreifende Themen wie Medienbildung, Digitalisierung, Inklusion, Diversität, Diskriminierungskritik, Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) und Demokratiebildung stärken, die schriftliche Arbeit im Rahmen des Vorbereitungsdienstes für alle Lehrämter streichen und die Studienseminare ebenfalls mit Blick auf die oben genannten Ziele neu denken. Auch wollen wir prüfen, wie eine geeignete Struktur für die Qualifizierung von Quereinsteigenden aussehen kann. Die gesamte Lehrkräfteausbildung werden wir in enger Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Kultusministerium und dem Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur weiterentwickeln.

S 57

Auszug aus dem Antrag der Arbeitsgemeinschaft für Bildung der SPD (AfB) zum Landesparteitag vom 3. Mai 2023

- Die Lehramtsstudiengänge werden in zwei Stufen gegliedert: (1) 1. bis 6. Jahrgang und (2) 5. bis 13. Jahrgang,
- verpflichtende Praxisanteile an den Schulen unter wissenschaftlicher Fragestellung in den universitären Studiengängen werden bereits während des Bachelorstudienganges für alle Lehramt Studierenden vorgesehen,

Aktueller Stand

- Auch die Universität Osnabrück ist an diese Neugestaltung der Studiengänge involviert. Frau Prof. Menzel-Riedel bat aufgrund einer Anfrage durch uns darum, eine Stellungnahme zu einem späteren Zeitpunkt mitzuteilen.
- Die Hannoversche Allgemeine berichtete vor wenigen Tagen, dass die Landesregierung die Reform gestoppt habe.

Offene Fragen

- Ist „aufgeschoben“ auch „aufgehoben“?
- Führt die Bündelung des Lehramtstudiums in zwei schulformübergreifende Studiengänge zu den im Koalitionsvertrag angestrebten Verbesserungen (s.o.)?
- Welche Kosten entstehen für dies „Reform“ und wo müssen dafür Gelder eingespart werden?
- Wo könnten die Gelder für die Reform sinnvoller für eine besser Ausbildung der eingesetzt werden?

Schulentwicklung in Osnabrück

Henrik Peitsch

Der Schulausschuss der Stadt beriet in seinen letzten Sitzungen u.a. die Entwicklung der Anzahl der Schüler*innen und die Möglichkeit/Notwendigkeit der Gründung einer weiteren Integrierten Gesamtschule in Osnabrück.

Die vom Schulamt erhobenen Daten – *Schulentwicklungsplanung für den Sekundarbereich I (SEK1-PL)* – zeigen ausgehend vom Schuljahr 2023/2024 folgende wesentliche Ergebnisse:

Entwicklung der Anzahl der Schüler*innen:

- Im Vergleich zum Jahr 2018 ist die Anzahl der Schüler*innen im Sekundarbereich I 2023 um 270 (= 2,4 %) gesunken (von 11.177 auf 10.907 Schüler*innen).
- Die Anzahl der Schüler*innen an den Förderschulen stieg bis 2021 wieder an, im Jahr 2023 liegen sie allerdings wieder knapp unter dem Niveau von 2018.

Leistungsgruppen und Schulwahl:

- Schüler der Leistungsgruppe 3 haben geringe Chancen zur Aufnahme an den Oberschulen der Schulstiftung und an der KGS. Hier übersteigen die Anmeldungen regelmäßig das Angebot an Schulplätzen. Dies gilt auch für die IGS. Sie muss regelmäßig Schüler*innen der Leistungsgruppen 2 und 3 ablehnen.

Wiederholung des Schuljahres:

- An den Realschulen lag die absolute Anzahl über den der anderen Schulen. Allerdings fehlen hier Daten bezogen auf die Gesamtzahl der Schülerschaft dieser Schulen.

Abschulungen/Aufschulungen:

- Es wurden 3,6 Mal so viele Schüler*innen abgeschult (58) als aufgeschult (16). Der größere Anteil der Abschulungen fand an Gymnasien, KGS und IGS statt – 51 Schüler*innen.

Anmeldungen für das Schuljahr 2024/2025

Die dem Schulausschuss von der Verwaltung vorgelegten Daten für das neue Schuljahr zeigen, dass

- die Gesamtschule Schinkel 23 Schüler*innen ablehnen musste und
- die Oberschulen in kirchlicher Trägerschaft 45 nicht aufnehmen konnten,
- das EMA, das Gymnasium in der Wüste sowie die Angela- und Ursulaschule insgesamt 104 (!) Schüler*innen abgelehnt haben und
- die 68 Schüler*innen mit Integrationsbedarf lediglich von folgenden Schulen aufgenommen wurden: Carolinum (1), Gymnasium in der Wüste und Ratsgymnasium (je 2), BvS (9), EMR (5), OBS Sonnenhügel (24, einschl. Kooperationsklasse), GSS (10) und IGS (15).

Fazit

Gründung einer weiteren IGS

Legt man die von der Verwaltung ermittelten statistischen Daten der Entwicklung der Anzahl der Schüler*innen sowie die aktuellen Anmeldedaten für die einzelnen Schulformen zu Grunde, könnte daraus gefolgert werden, dass die Gründung einer weiteren Integrierten Gesamtschule nicht erforderlich sei. Allerdings ist dies ein Fehlschluss. Die aktuellen Zahlen sind kein hinreichendes Argument gegen eine weitere IGS. Die Wahl der weiterführenden Schule hängt von dem Bildungsangebot ab. Ein reduziertes Angebot – hier eine begrenzte Anzahl von Gesamtschulen – kann nur das Ergebnis ausweisen, das durch dieses reduzierte Angebot möglich ist.

Die Notwendigkeit einer weiteren IGS kann nur durch ein politisches Wollen in die Praxis eines gerechteren Schulsystems berührt werden. Es ist längst Zeit, ein Schulsystem aus der Kaiserzeit zu modernisieren. Die Verantwortlichen der Stadt – Rat und Verwaltung – sollten sich bei dieser Entscheidung nicht hinter rechtlichen Vorgaben der Landesregierung verstecken. Es geht um Kinder der Stadt Osnabrück. Die Verantwortung gegenüber diesen Kindern sollte ernst genommen

werden. Diese Verantwortung ist allein maßgebend. Dabei sollte Bildung nicht als ökonomischer Mehrwert gesehen werden, sondern als allgemeines Bürgerrecht (Bildung ist ein Menschenrecht – Ziele für nachhaltige Entwicklung: SDG 4). In Integrierten Gesamtschulen ist Bildung für alle besser möglich als im gegliederten Schulsystem. Eine gute, nicht auf Selektion ausgerichtete Bildung ist Voraussetzung für die notwendige Transformation der Gesellschaft und Wirtschaft. Diese Transformation erfordert auch einen Kulturwandel.

Heterogenität/Leistungsniveaus

Die Zahlen zeigen auch, dass viele Schüler*innen mit der Zuschreibung zu den Leistungsniveaus (!) 2 und 3 im gegliederten Schulsystem weniger Chancen im Bildungssystem (Aufnahme in Gymnasien und Gesamtschulen) haben. Allerdings ist diese Kategorisierung in Leistungsniveaus pädagogisch umstritten und verweist auch auf den funktionalen Zusammenhang zwischen Sozialstatus und Lebenschancen (s. PISA-Ergebnisse).

Allen Bildungsplaner*innen sollte bekannt sein, dass sich Heterogenität an Grundschulen in den

letzten Jahrzehnten erheblich durch Migration und Zuwanderung verändert hat. Dieser pädagogische Mehrwert wurde aber nicht für den Bildungsprozess der Kinder genutzt. Heterogenität führt im Schulalltag eher zu einer zunehmenden Belastung der Lehrkräfte und in deren Folge zu einer zusätzlichen sozialen Auslese und Diskriminierung. Das positive Potential heterogener Lerngruppen wurde nicht genutzt. Zudem wurden diese in den Schulen der Sekundarstufen durch Selektion in einem gegliederten Schulsystem weitestgehend von gemeinsamen Lernprozessen ausgeschlossen, zum Nachteil aller Lernenden.

Inklusion

Die ungleiche Verteilung der Schüler*innen mit Integrationsbedarf auf die weiterführenden Schulen zeigt, dass die Inklusion auch erhebliche Praxisdefizite aufweist. Neben der sicherlich bestehenden willentlichen Ablehnung der Aufnahme dieser Schülerschaft durch bestimmte Schulen macht diese Disparität bei den Aufnahmezahlen aber auch die unzureichende Praxistauglichkeit des Bildungskonzeptes der Landesregierung deutlich.

Unsere Jubilarinnen und Jubilare 2024

25 Jahre

Claudia Kolwey
Anna-Isabel Renard

*Wir bedanken uns bei
allen Jubilar*innen für
die langjährige Treue und
Unterstützung.
Eine Gewerkschaft kann
nur dann erfolgreich
wirken,
wenn sie stark ist und
treue Mitglieder hat.*

40 Jahre

Hans-Joachim Dreisbach
Hilmar Hoffmann
Birgit Holtmann
Birgit Husemann
Maria Kuhn
Brigitte Mattern
Christiane Missal
Klaus Schlupepmann
Eveline Wefer-Kamali
Ulrike Zimmermann

50 Jahre

Reinhard Althoff
Gerhard Becker
Ursula Cuijpers
Heide Daxner
Christine Höfer
Annette Hülsenbeck-Schlothauer
Ludwig Korthaus
Udo Liu
Klaus-Detlev Mueller
Detlev Priebe
Helga Ruf
Marianne Scheffczyk-Pörner
Peter Wachtel
Sigrid Wengert

Am Dienstag, 24. September 2024, findet um 17:30 Uhr die Ehrung der Jubilare im Hotel Best Western – Hotel Hohenzollern – Theodor-Heuss-Platz 5 – 49074 Osnabrück statt. Die Einladungen werden zeitnah verschickt!

Carlo Schmidt, Parlamentarischer Rat, formulierte Ende 1948 sehr klar:

*„Ich für meinen Teil bin der Meinung, dass es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, dass sie selbst die Voraussetzungen für Ihre Beseitigung schafft (...)
Man muss auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“*

Die Meldeportale der AfD



Die AfD versucht, Meldeportale gegen Lehrkräfte zu etablieren. Die GEW ermutigt ihre Mitglieder, sich nicht einschüchtern zu lassen. Was Du über die Denunziationsplattformen wissen solltest:

Vor einigen Jahren gab es sie bereits: Sogenannte **Meldeportale der AfD**, über die Schüler*innen und Eltern anonym **AfD-kritische Lehrkräfte** melden sollten. Nun startet die niedersächsische Landtagsfraktion der Rechtsaußen-Partei laut übereinstimmender Medienberichte einen neuen Versuch. Diesmal mit einer eigenen E-Mail-Adresse, statt eines Online-Formulars.

Die AfD versucht damit Lehrkräfte einzuschüchtern und argumentiert mit dem **Neutralitätsgebot**, das sich aus dem sogenannten **„Beutelsbacher Konsens“** ableite. **Doch der Beutelsbacher Konsens darf nicht mit dem parteipolitischen Neutralitätsgebot des Staates verwechselt werden.** Der Konsens formuliert **drei zentrale didaktische Prinzipien politischer Bildung**: das **Überwältigungs-** bzw. **Indoktrinationsverbot**, das **Kontroversitätsgebot** sowie das Ziel, dass Schüler*innen zur **politischen Teilhabe** befähigt werden sollen. Lehrkräfte dürfen ihre eigene politische Meinung ausdrücken, diese aber nicht als allgemeingültig darstellen. Kontroverse Themen müssen multiperspektivisch behandelt werden.

Demokratiebildung ist zentraler Bestandteil des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule. Die Landesschulgesetze beschreiben die Ziele. Lehrkräfte sollen demokratische Werte wie Würde und Gleichheit aller Menschen, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität vermitteln. **Wenn es in der Schule um politische Bildung geht, müssen sich Lehrkräfte nicht neutral verhalten.** Es ist wichtig, verschiedene Blickwinkel zu beleuchten. Lehrkräfte sollen auf Basis des Grundgesetzes eine klare Haltung zum Beispiel gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Gewaltverherrlichung und menschenverachtende Aussagen zeigen.

Hintergrund

Schon 2018 hatte die rechtspopulistischen AfD mit Meldeplattformen versucht, Lehrkräfte einzuschüchtern. Ein erstes solches Portal ging im September in Hamburg online. Dort konnten Nutzer*innen der AfD-Fraktion melden, wenn sich Lehrkräfte oder andere Beschäftigte an Schulen ihrer Meinung nach nicht neutral verhalten. Aus den Bundesländern und von der GEW kam heftige Kritik. „Da sollen Lehrerinnen und Lehrer eingeschüchtert werden, das ist schon eine beängstigende Entwicklung. Es passt ins Bild, dass eine Partei, die Andersdenkende ausgrenzen will, jetzt Plattformen schafft, auf denen man Leute mit anderen Meinungen denunzieren kann“, sagte das damalige GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann.

Antworten auf die wichtigsten Fragen

Die GEW beleuchtet die **gesetzlichen Grundlagen für politische Bildung** in der Schule, den Sinn und Zweck des **Beutelsbacher Konsens** und gibt eine **Handlungsorientierung** für Lehrkräfte. Antworten auf die wichtigsten Fragen zu den Meldeplattformen der AfD:

<https://www.gew.de/die-meldeportale-der-afd>

Mitstreiter*innen gesucht!



Die GEW ist eine **Mitmachgewerkschaft**. Die tägliche Arbeit als Interessenvertretung in den Personalräten und gegenüber der Politik und anderen Verbänden kann für alle Kolleg*innen nur dann wirkungsvoll geleistet werden, wenn wir auch personell eine starke Gewerkschaft sind. Es ist deshalb im Interesse aller Beschäftigten im Bildungsbereich wichtig, dass wir neue Mitglieder werben und sich viele Mitglieder an der ehrenamtlichen Arbeit in unserem Kreisvorstand der GEW vor Ort aktiv beteiligen.

Deshalb unsere Bitte: Werdet aktiv! Interessierte Kolleg*innen melden sich bitte
telefonisch: 0541/259620 oder
per Mail: gew-osnabrueck@t-online.de

Wer noch schneller informiert werden möchte, schicke bitte eine Mail an folgende Adresse:
gew-osnabrueck@t-online.de

Wir nehmen die Adresse dann in unseren Mailverteiler auf!

Die Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt und auf Wunsch auch wieder gelöscht!

Gesprächskreis GEW-Lehrkräfte



Ein erster Versuch, einen zwanglosen Austausch vor zwei Jahren zu initiieren, konnte leider nicht realisiert werden. Corona (Erkrankungen, Quarantäne) hat es verhindert. Interessierte Lehrkräfte können ihr Interesse an einem neuen Termin gerne der GEW-Geschäftsstelle mitteilen. Bei Interesse bitte per Mail anmelden. Danke!

gew-osnabrueck@t-online.de

Bernd Glüsenkamp

Themen:

MAKROSKOP

- **Matthias Brodkorb: Das „Demokratiefördergesetz“ steht auf der Kippe**
- **Tiago Cardão-Pito: Wem nützen Zölle auf chinesische Elektroautos?**
- **Ulrike Simon: Déjà-vu an den Kalten Krieg**
- **Werner Polster: Mehrheitswahlrecht: Grunddefekt der Demokratie**

<https://makroskop.eu>

Kritische Analysen zu Politik und Wirtschaft
Herausgeber: Heiner Flassbeck & Paul Steinhardt

Georg-Friedrich-Knapp-Gesellschaft für Politische Ökonomie e.V.

Man darf MAKROSKOP mit einer – steuerlich absetzbaren – Spende unterstützen!



ich weiß bescheid
ich bin für #klimaschutz
ich gestalte mit

www.klimalab-os.net



**Klima
Lab.os**

Paul Samuel Weißheim - Klasse 4b
Grundschule am Schölerberg

Nach der EU-Wahl: Droht ein Rechtsaußen-Europa?

Heiko Schulze

Bedeutung und Nachwirkungen der Europawahl hat Rolf Wortmann in seinem OR-Beitrag bereits treffend auf den Punkt gebracht: Die Grünen sind (fast) überall Wahlverlierer – und die große Ausgangsfrage bleibt, für welche Ausrichtung sich Europas Konservative unter Führung Manfred Webers und Ursula von der Leyens entscheiden.

Siegestrunken erscheinende Konservative besitzen derzeit in der Tat allerorten einen Schalthebel in der Hand: Wollen sie sich tatsächlich in „Große Koalitionen“ – Sozialdemokraten und Grüne eingeschlossen – begeben oder suchen sie das Heil im Andocken bei Rechtsaußen?

Angesichts einer AfD, die sich in Deutschland aktuell als Putin-Fans oder als Befürworter einer Massen-Ausweisung unblonder Deutscher höchstpersönlich ins rechtsextremistische Abseits befördert, vermag man die Unions-Orientierung schnell als unproblematisch ansehen. Als Bündnispartner eines künftigen Merz-Kabinetts erscheinen AfDler derzeit außerhalb der Debatte. Nur: Bleibt das noch lange so? Auch nach kommenden Kommunal- wie Landtagswahlen? Und wie wird es in Europa sein?

Programmatische Schnittmengen

Betrachten wir es einmal nüchtern programmatisch. Von der Leyens ehemals gefeierter Green Deal soll nach dem Willen einer riesigen Mehrheit der stramm Konservativen ohnehin das Ende bereitet werden – kosmetische Überblendungen eingeschlossen. Womöglich bleibt sogar der Name. Botanisch wäre es aber eine Trockenblume.

Sozial- und menschenrechtspolitische Vorgaben gelten für Konservative wie Rechtsaußen eh als Hemmnis der Wirtschaftsoberen. Mindestlohn? Vergabegesetz? An Standards orientierte Zuschüsse aus dem Europäischen Sozialfonds? Absicherung von erkämpften Tarifen? Konzern-Lobbyisten haben ihre Streichlisten für die Zuarbeiter*innen der EU-Kommission längst erstellt. Die Wahl zum EU-Parlament hat die Türen noch weiter geöffnet als zuvor.



Foto: privat

Europäisches Asylrecht? Hier dürften Konservative weiter ihrer Devise folgen, dass allein arme Länder die rund 100 Millionen Geflüchteten dieser Welt aufnehmen müssen. Das medial bombastisch verkaufte „Ruanda-Hotel“ dürfte als Wahrheit verkauft werden. Ein Asylrecht von Demokratien, letzter Hoffnungsanker für Verfolgte und Bedrängte in aller Welt, droht endgültig eine historische Fußnote zu werden.

Klimaziele? Konservative wie Neoliberale vertrauen bekanntlich darauf, dass die „freie Wirtschaft“ diese völlig allein ohne parlamentarisch beschlossene Vorgaben hinbekommt. Jahreszahlen zur Umsetzung von Klimaneutralität werden als Bürokratie-Beschleuniger an den Pranger gestellt. Verbrenner-Aus für Benzin- und Ölstinker? Energie- wie Auto-Konzerne werden alles daran setzen, ihre Interessen als das der „kleinen Leute“ und des Erhalts von Arbeitsplätzen zu verkaufen und einer Befristung den Garaus zu machen.

In einer Welt, in der alles auf Putins Ukraine-Krieg und auf das brutale Gemetzel im Gaza-Streifen blickt, erscheint die Klimakatastrophe eh schon als nicht mehr so wichtig. Kurzum: Regional begrenzte Kriege verstellen den Blick auf den real existierenden Weltkrieg um den Klimawandel. Augen zu und durch!

Es fällt dem Verfasser dieser Zeilen schwer, dies nüchtern einzugestehen: Betrachtet man die genannten Politikfelder, trennen die Konservativ-Neoliberalen wahre Universen von Grünen, Sozialdemokraten wie anderen Linken. Bei Rechtsext-

remen gibt es diese Schranken keineswegs. Ganz im Gegenteil: Rechtsaußen halten Klimawandel ohnehin für eine Fake-News und wollen besser gestern als heute alle Sozialstandards wie Steuerbelastungen Reicher abschaffen.

Blick über Deutschlands Landesgrenzen

Angesichts der fortwährenden „Brandmauer“ der Union zur AfD könnte man trotzdem versucht sein, eine fiktive Annäherung untereinander als Panikmache zu geißeln. Nur: Sollten wir angesichts der gerade beendeten Europa-Wahlen nicht viel mehr auf das Geschehen in anderen Staaten gucken?

Nehmen wir Frankreich: Anlässlich der kommenden Parlamentswahl könnte die Alternative drohen, dass sich gutbürgerlich gerierende Le Pen-Aktivistinnen des Rassemblement National im Bündnis mit ganz Rechten, aber auch mit den konservativen Alt-Gaullisten der Republikaner (es könnten entscheidende 7 Prozent mehr zur Macht sein) nach zwei Wahlgängen in eine Parlamentsmehrheit hineinkämpfen. Nachdem sich Macrons Liberale durch neoliberalen Sozialabbau zu Recht selbst ins Abseits manövriert haben, bleibt im Nachbarland die einzige Chance eine – wieder mit Frankreichs Sozialisten – erstarkte Linke. Nur sie könnte den Rechtsaußen durch Wahlkreisbündnisse linker Parteien im zweiten Wahlgang einen Riegel vorzuschieben. Konservative spielen keine Rolle – es sei denn, als Steigbügelhalter für Le Pen.

Und Italien? Die siegestrunkene Postfaschistin Giorgia Meloni rasiert gerade mit der Komplettabschaffung des Sozialstaats, der Abschaffung des Asylrechts sowie der Rechte queerer Minderheiten und drohender Einschränkung von Justiz wie Pressefreiheit ehern erscheinende Werte des italienischen „Verfassungsbogens“. Jener hatte früher alles, von Christdemokraten bis hin zu Kommunisten, gegen die Faschisten geeint. Jetzt ist die CDU-Schwesterpartei „Forza Italia“, tatkräftige Wahlkampfhilfe leistete ihr CSU-Mann Manfred Weber, fester Teil der Rechtsregierung. Von der Leyens „beste neue Freundin“ Meloni buhlt um Kooperation mit der EVP. Hält jene diesem Drängen stand?

In Spanien konnte kürzlich nur hauchdünn ein Wahlsieg des Bündnisses von konservativer Volkspartei und Francofaschistischer Vox-Partei verhindert werden. In Regionen, in denen die Rechten regieren, bereiten sie jedem sozialen,

ökologischen wie zivilgesellschaftlichen Fortschritt den Garaus. Vorstufe für Spanien und Europa?

In Österreich droht, wie bereits in den Niederlanden, eine Rechtsaußen-Regierung. In der Alpenrepublik wäre dies erstmals die unter einem FPÖ-Bundeskanzler – mit tatkräftiger Hilfe der CDU-CSU-Schwesterpartei ÖVP.

Selbst im stabil erscheinenden Skandinavien gerieren sich Rechtsextreme längst als gern gesehene Steigbügelhalter für gemeinsame Regierungen mit Konservativen und Christdemokraten. In Schweden und Finnland mussten sich viele Menschen bereits mit Grausen daran gewöhnen, dass ihr altbewährter, sozialdemokratisch geprägter Wohlfahrtsstaat mittlerweile auf der Kippe steht.

Neue Formationen in Straßburg und Brüssel

Das rechtsextreme Quartett mit direkter oder indirekter Regierungsfunktion ist im heutigen Europa kaum noch zu übersehen. Zu Victor Orban könnte sich bald – beinahe schon in alter KuK-Tradition des seligen Österreichischen Kaiserreichs – Herbert Kickl von der FPÖ im Kanzlerstuhl gesellen. Im Norden winkt Geert Wilders aus den Niederlanden. Im Süden grüßt Frau Meloni. Den Arm um alle könnte – als Führerin dieses Quintetts – bald noch eine französische Regierungschefin Marine Le Pen legen. Kurzum: Im mächtigen EU-Rat der Regierungschefs droht ein Bollwerk von amtierenden wie künftigen Rechtsaußen-Regierungen. Wäre von der Leyen wirklich in der Lage, dieser starken Front zu trotzen?

Hinzu tritt die Schwäche der progressiven Seite. Macron, egal, wo man ihn mit seinem speziellen Neoliberalismus einordnet, dürfte bald Vergangenheit sein. Warum er bei der Verkündung einer Neuwahl nicht auch gleich seinen Rücktritt angekündigt hat, bleibt sein taktisches Geheimnis. Ein Kanzler Olaf Scholz, ohnehin permanent rampontiert durch einen liberalen Koalitionspartner, für den jeder soziale Fortschritt Teufelswerk ist, droht spätestens nach der nächsten Bundeskanzlerwahl durch einen rechtskonservativen und ultraneoliberalen Regierungschef Friedrich Merz ersetzt zu werden. Rasieren von Renten und Bürgergeld, Erhöhung des Rentenalters, Abschaffung von Sozial- und Umweltstandards, Rückkehr zur menschenverachtenden Kernenergie und Ausrufung der Allgemeinen Wehrpflicht drohen zur deutschen Regierungspolitik zu werden. Ein roter oder grüner

Koalitionspartner, der all dies schluckte, gäbe sich auf und machte seine Formation überflüssig.

Hinzu kommt die Drohkulisse aus den USA: Kehrt der Anti-Demokrat Donald Trump an die Macht zurück? Wird er plötzlich allein deshalb Europa-Fan, weil da seine Freunde den Ton angeben? Panikmache? Es wäre zu schön, um wahr zu sein. Die Krise des progressiven Lagers dürfte sich auf EU-Ebene sogar noch verschärfen, sobald von der Leyens und Webers Konservative den Sozialdemokraten neoliberale Programme wie ein scharfes Messer an den (symbolischen) Hals setzen. Motto: „Friss unser Programm, wähle unsere Ursula zur Kommissions-Chefin – oder wir gehen mit Melonis

Freunden!“ Kaum noch etwas bliebe von sozialdemokratischer Identität.

Kurzum: Es sieht düster aus in Deutschland wie Europa. Demonstrationen gegen Rechts, mutige Arbeitsniederlegungen, eine lebendige Zivilgesellschaft, eine engagierte Medienlandschaft, die dagegenhält: All dies könnte, wenn alles glimpflich verläuft, irgendwann in der Zukunft die Basis für eine Wende zum Besseren werden. Allein „machen sie uns ein“. Geben wir nicht auf! Die OR ist dabei.

Dieser Beitrag erschien am 11. Juni 2024 in der Osnabrücker Rundschau. Der Abdruck erfolgt mit freunlicher Genehmigung von Heiko Schulze!

Reise nach Greifswald – Besuch der Patenstadt von Osnabrück Die Hansestadt an der Ostsee Mittwoch, 2. Oktober, bis Sonntag, 6. Oktober 2024



Marktplatz Greifswald

Foto: Martin Kraft // photo.martinkraft.com, CC BY-SA 3.0

Beschreibung der Stadt Greifswald auf der Website der Stadt Osnabrück – Auszug:

„Greifswald entstand im Zuge der deutschen und dänischen Expansion nach Osten. 1193 errichteten Zisterziensermönche eine Saline am nördlichen Ufer des Flusses Ryck und gründeten 1199 das Kloster Eldena. Schon 1250 wurde das Lübische Stadtrecht verliehen. Ohne die Universitätsgründung im Jahre 1456 wäre Greifswald sicherlich eine einfache Ackerbürgerstadt geblieben. Größen wie Ulrich von Hutten, Ernst Moritz Arndt, Friedrich Ludwig Jahn und Ferdinand Sauerbruch haben hier als Lehrer gewirkt und das Geistesleben geprägt. Bekannt ist Greifswald nicht zuletzt als Geburtsstadt des Malers Caspar David Friedrich, der wie kein anderer den Zauber dieser Landschaft einzufangen wusste.

Als Hansestadt ist Greifswald reich an historischen Bauten wie die malerische Altstadt, die Giebelhäuser

am Markt, die gotischen Backsteinkirchen und das Rathaus. Romantisch sind der Stadtteil Wieck mit seiner Klappbrücke und die Klosterruine Eldena. Kampflös und unzerstört kapitulierte die Stadt 1945 vor den sowjetischen Truppen. Einige wertvolle Bausubstanz ging jedoch vor allem durch die Ignoranz des politischen Systems der DDR und mangelnde finanzielle Mittel im Laufe der folgenden Jahrzehnte verloren. Doch nach den Sanierungsarbeiten der letzten Jahre erstrahlen zahlreiche Häuser und Plätze wieder in der alten Pracht; besonders das Haus "Markt 13", das Rathaus und der Marktplatz.

...
Kaum ein Besucher kann sich dem Reiz der Boddenlandschaft entziehen. Verträumte Badeorte, Schlösser und Klöster laden zu Entdeckungstouren ein. Zur Freizeitgestaltung stehen alle Wassersportarten zur Verfügung. Man kann sich im Angeln versuchen oder lieber gleich Zander, Butt und Aal frisch aus der Küche genießen."

Reiseinformationen

Die Kosten werden ca. 500,00 € betragen. Eine Reservierungs- und Preisanfrage an das Hotel „Alter Speicher“ wurde verschickt. Die Antwort steht noch aus. Die Fahrt wird mit der Bahn erfolgen.

Geplantes Programm:

- 250 Jahre Caspar David Friedrich - Jubiläumsführung
- Altstadt Rundgang bzw. Nachtwächterführung
- Führung durch Aula und Karzer der Uni
- Treffen mit dem Mitgliedern des GEW-Kreisvorstands in Greifswald
-

Für die Hotel- und Fahrtbuchung erbitten wir eine

Anmeldung bis 31. August 2024

per Mail: gew-osnabrueck@t-online.de oder Telefon: 0541/259620

Zu guter Letzt

Bildung neu denken! Das klägliche Scheitern gut gemeinter Reformen!

Henrik Peitsch

Kritik, Reformvorschläge und deren Scheitern, aus unterschiedlichen Gründen, durchzieht das Bildungssystem seit Gründung der Bundesrepublik. Grundlegend waren hier zunächst die Vorgaben der Westmächte, deren Sorge darin bestand, dass sich in Deutschland nie wieder die Verbrechen der Nazis wiederholen dürfen. Kritische Schriften zur Bildung stammen u.a. von Adorno: Erziehung nach Auschwitz (1966). Eine wichtige Institution wurde mit der Bundeszentrale für politische Bildung, 1952 als Bundeszentrale für Heimatdienst etabliert, die bis heute ein wichtiger Akteur für die Politische Bildung ist.

Eine auch heute noch nachteilige Entscheidung der »Siegermächte« war die Restaurierung des dreigliedrigen Schulsystems der Weimarer Zeit und die föderale Struktur der Bildungspolitik (Kulturhoheit der Länder). Das Festhalten an einem klassistisch geprägten »Einheitsschulen« mit einer frühzeitigen Selektion widerspricht pädagogischen

Grundsätzen. Der Mehrwert des Lernens in heterogenen Lerngruppen ist nicht erst seit den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts eine pädagogische Binse.

Die föderale Struktur wirkt auch gegen innovative Reformen des Bildungswesen. Die Kultusministerkonferenz (KMK) ist als koordinierende Instanz im Grunde machtlos. Ihre Entscheidungen sind i.d.R. Empfehlungen für die Länder. Die »Viergliedrigkeit« des Schulsystems ist außerhalb Deutschlands – mit Ausnahme Österreichs – nur schwierig zu begründen und zu vermitteln.

Georg Pichts Diagnose der „deutschen Bildungskatastrophe“ versetzte die Republik 1964 in Untergangsstimmung. Sein Diktum:

„Bildungsnotstand heißt wirtschaftlicher Notstand. Der bisherige wirtschaftliche Aufschwung wird ein rasches Ende nehmen,

wenn uns die qualifizierten Nachwuchskräfte fehlen, ohne die im technischen Zeitalter kein Produktionssystem etwas leisten kann. Wenn das Bildungswesen versagt, ist die ganze Gesellschaft in ihrem Bestand bedroht. Aber die politische Führung in Westdeutschland verschließt vor dieser Tatsache beharrlich die Augen und lässt es in dumpfer Lethargie oder in blinder Selbstgefälligkeit geschehen, dass Deutschland hinter der internationalen Entwicklung der wissenschaftlichen Zivilisation immer weiter zurückbleibt.“¹

Diese Sätze wurden – in veränderter Form – nach der ersten PISA-Studie 2000 von vielen bildungspolitischen Eiferern wiederholt (Elmar Tenroth beschreibt sie *„als Palaver über den behaupteten Bildungsnotstand der Bundesrepublik samt „PISA-Schock“*²) – ohne nachhaltige Konsequenzen. Es soll nicht geleugnet werden, dass seit 1964 erhebliche Veränderungen erfolgten: Ausbau der Hochschullandschaft und Erleichterung des Zugangs zu höheren Bildungsabschlüssen durch Öffnung eines zweiten und dritten Bildungsweges.

Grundtenor fast aller Klagen über das Bildungssystem sind die Gefährdung der ökonomischen Verwertbarkeit von Bildung und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Es ist unbestreitbar notwendig, dass Bildung auch dem Ziel (Sinn/Zweck: *Niklas Luhmann*) der Rekrutierung von qualifizierten Arbeitskräften dienen sollte. Dies ist eine *notwendige* Bedingung auch für den Bestand der Gesellschaft, aber keine *hinreichende*. Die Gesellschaft ist mehr als die Summe der *Erwerbsarbeitenden* und *Konsumierenden*.

Der Picht-Bericht hat in seiner Folge, wie auch in anderen Teilen der Gesellschaft – z.B. Gesundheitssystem, kommunale Dienstleistungen – zu einer zunehmenden Ökonomisierung im Bildungssystem geführt. Diese Ökonomisierung hat auch zu einer zunehmenden Reduzierung des Bildungsauftrages der Schule geführt.³ Schüler*innen sind auch keine »Kunden« und Lernen findet nicht auf einem »Marktplatz« statt, sondern auf »Lerninseln« etc.

Vor fast 50 Jahren (1965) erregte eine weitere Schrift die Öffentlichkeit: *Ralf Dahrendorf* plädierte in der ZEIT für eine aktive Bildungspolitik und das *„Bürgerrecht auf Bildung“*. Dahrendorf forderte damals, Bildung in der Verfassung neu zu etablieren. Seine drei Forderungen waren:

„Die Verfassungsartikel, aus denen sich eine aktive Bildungspolitik entwickeln lässt, müssten lauten:

1. Jeder Mensch hat ein Recht auf eine intensive Grundausbildung, die ihn befähigt, von seinen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten wirksamen Gebrauch zu machen.
2. Jeder Mensch hat ein Recht auf eine seiner Leistungsfähigkeit entsprechende weiterführende Ausbildung.
3. Es ist die Pflicht der staatlichen Instanzen, dafür Sorge zu tragen, dass diese Rechte ausgeübt werden können.“⁴

Leider weist die aktuelle Diskussion zur Digitalisierungsoffensive in genau die gegensätzliche Richtung. Viele Protagonisten in Theorie und Schulpraxis haben offensichtlich noch nicht vollumfänglich verstanden, dass die sogenannte Digitalisierung⁵

- ein vorwiegend ökonomisch intendiertes Projekt ist,
- didaktisch-methodische Konzepte fehlen (s. die völlig unzureichende Konzeptionierung der sogenannten Medienpädagogik und deren Kompetenz-Konstrukte sowie unzureichende fachdidaktische Konzepte),
- die Unterrichtspraktiken der Digitalisierung (digitale Konzepte) unzureichend pädagogisch und entwicklungspsychologisch fundiert sind,
- Wirkungen und Nebenwirkungen digitaler Lernmittel unzureichend erforscht sind,
- Digitalisierung als neues Mantra der Pädagogik missverstanden werden, nicht als *add-on* sondern als *add-in*,
- Protagonisten offensichtlich durch einen Digitalisierungs-Hype irregleitet werden und sich als besonders »modern« outen, wenn sie Bildung nicht mehr als Einübung in eine Kultur und diese als kontingent erfahren.

Nach *Andreas Gruschka*, geht es *„nicht mehr primär darum, Wissen zu erwerben, sondern dass ein Schüler auf eine ihm gestellte Frage Wissen als Information aus den digitalen Technologien heranzieht und es als solche präsentiert. Nicht umsonst ist die Methode, die in deutschen Schulen den größten Erfolg in den letzten zwanzig Jahren hat, die Präsentation.“*⁶ Bildung darf sich nicht auf Wissensaneignung durch digitale Techniken beschränken, sondern muss auf das »Verstehen«

von Phänomenen und komplexen Zusammenhängen ausgerichtet werden.

Für die Weiterentwicklung der Demokratie in Deutschland sind rein »instrumentelle« Kompetenzen nicht ausreichend. Eine demokratische Gesellschaft braucht »mündige« Bürger*innen.

Sie müssen in der Lage sein, autoritären Versuchungen zu widerstehen und politische Propagandist*innen entlarven können (so z.B. den Ex-BR-Chefredakteur *Sigmund Gottlieb*, der mit seinen unsachlichen Kommentaren eher *verklärt* statt *aufklärt*.⁷

- 1 *Picht, Georg (1965) Die Deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Walter-Verlag, Olten und Freiburg in Breisgau: S. 16-17. zitiert nach Edelstein, Benjamin (2017): <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/229702/schulgeschichte-nach-1945-von-der-nachkriegszeit-bis-zur-gegenwart/>*
- 2 *Tenroth, Heinz-Elmar (2017) in: Die Politische Meinung, Nr. 547, November/Dezember 2017, 62. Jahrgang. Hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung: https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_50778_1.pdf/0589b61c-178c-f1d2-448f-f931511fc000*
- 3 *Vgl. u.a. Höhne, Thomas (2019): Mehrwert Bildung? Ökonomisierung im Feld der Schule. Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung. <https://www.rosalux.de/publikation/id/39985/mehrwert-bildung>*
- 4 *Ebda: Höhne, Thomas*
- 5 *Vgl. u.a.: Heinemann, Karl-Heinz (Hrsg.) (2019): Digitalpakt und die Folgen. Was und wem soll die digitale Bildung nützen? https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien30_Digitalpakt_web.pdf*
- 6 *Krath, Stefany (2018): Interview mit Andreas Gruschka: <https://bildungsklick.de/schule/detail/kompetenzorientierung-ist-nicht-eine-erfindung-von-paedagogen-sondern-von-der-oecd-in-paris>*
- 7 *<https://www.turi2.de/aktuell/gottlieb-direkt-ex-br-chefredakteur-sigmund-gottlieb-kommentiert-fuer-die-ippen-gruppe>*

Impressum

PAUKOS 1/2024 – Jg 43

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Osnabrück-Stadt
August-Bebel-Platz 1 – 49074 Osnabrück

Erscheinungsweise:

Zwei Ausgaben pro Jahr

Ausgabe:

1/2024

Auflage:

Print: 300 Stück – digital: 700

Redaktion:

Henrik Peitsch
oeffentlichkeitsarbeit@gew-osnabrueck.de

Druck:

Druckerei Rietbrock
Natruper Straße 87 – 49170 Hagen a.T.W.
Telefon: 05405/98050

Der PAUKOS ist auf unserer Website online verfügbar!

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne vorherige Zustimmung der Herausgeberin unzulässig. Ausnahmen sind gekennzeichnet.

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung der Verfasser*innen wieder.

Wenn es im Einzelfall nicht gelungen ist, Rechteinhaber*innen ausfindig zu machen, werden diese gebeten, sich mit dem Herausgeber in Verbindung zu setzen.



<https://farm4.staticflickr.com>

GEW Kreisverband Osnabrück - Stadt

Sprechstunde: mittwochs von 15:00 bis 17:00 h
(nicht während der Ferien)

Telefon: 0541/259620 - Fax: 0541/260827

gew-osnabrueck@t-online.de

www.os-stadt.gewweserems.de

Gabriele Kaiser
Jörg Doll
Eva Arnold (Hrsg.)

Innovative Ansätze zur Veränderung der Lehrkräfteausbildung



WAXMANN